

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

198 (27.8.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Oberschlesien

Ein Aufruf der Polen an die Arbeiterschaft

Wespen in Oberschlesien, 26. Aug. Gestern wurde ein Aufruf der polnischen Berufsvereinigungen und der polnischen Zentralberufsgenossenschaft an die Bergarbeiter verbreitet, der in Anbetracht der Erfüllung der Wünsche der polnischen Gewerkschaften zu sofortiger Arbeitsaufnahme und zur Befolgung der Anordnungen der internationalen Kommission auffordert. Diese vertritt: 1. Die Befreiung der Sicherheitspolizei bis zum 31. August und ihre Ersetzung durch die Bürgerwehr. 2. Befreiung der an den Unruhen Beteiligten. 3. Die Ausweisung der seit dem 1. August zugewanderten Schwerkriegsgefangenen. Die Arbeitnehmer seien bereit, die Streikschlichtung auf die Forderungen anzuerkennen und die Deputierten nicht zu fassen und die Ausfälle durch Überstunden ersetzen zu lassen. Wenn Bezahlung der Streikzeit weiter verhandelt. Aus den polnischen Gewerkschaften verlautet, daß dort mit steigender Zuversicht die Entwicklung der Dinge angesehen werde. Man glaubt in Kürze wieder mit einem geregelten Wirtschaftsleben rechnen zu können. Vermerktenswert ist, daß zwischen den Deutschen und den polnischen Gewerkschaften eine Einigung angebahnt ist.

Verletzung des Friedensvertrages durch den polnischen Generalstab?

Berlin, 27. Aug. Die Blätter bringen eine Meldung der Kopenhagener „Nationaltidende“ aus Warschau, wonach es heißt: Der polnische Generalstab erklärt eine Erklärung, wonach die polnischen Truppen in Oberschlesien nicht etwa zur Befreiung Oberschlesiens, sondern nur zum Schutze der bedrohten polnischen Bevölkerung einmarchiert seien. Wenn eine solche Erklärung des polnischen Generalstabes tatsächlich vorliegt, so würde sie eine schwere Verletzung des Friedensvertrages bedeuten. Die Entente muß, falls sich die Nachricht bestätigt, nicht nur die sofortige Entsendung der polnischen Truppen vorsehen, sondern auch eine Entschädigung für den entstandenen Schaden leisten.

Der russisch-polnische Krieg

Die Friedensverhandlungen

Haag, 28. Aug. Tschitscherin telegraphierte an Kamenew folgende Information: Die polnische Antwort auf die russisch-ukrainischen Vorschläge ist lediglich eine Kritik, nichts, was irgendwelchen positiven Vorschlägen von polnischer Seite gleichkäme. Die Polen kritisieren und verlangen die Zurückziehung unserer Bedingungen, geben aber selbst keinerlei Basis für einen Frieden an, kein Programm und nichts, worüber sich geschäftsmäßig und sachlich verhandeln ließe. Sie lehnen energisch die Grenzen ab, welche der Oberste Rat bestimmt hat, und geben über ihre eigenen Grenzforderungen nur wenig greifbare Allgemeinheiten. Sie erklären, daß die polnischen Elemente in den Grenzgebieten in Betracht gezogen und daß ihnen ein Verfassungsrecht in Weichpohl, Litauen, Galizien und der Ukraine zugesichert werden müßte, in all den Gebieten, welche die Polen selbst einer militärischen Okkupation ausgesetzt und sichtbar unterdrückt haben. Sie schlagen also keine klar umschriebene Grenze vor, sondern lehnen nur die Grenzlinie ab. Sie vermeiden alles, was das Substantielle irgenwie betreffen kann. Kritik ist das Einzige, was sie geben.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ unterzieht diese Meldung einer besonderen Betrachtung und hält es für möglich, daß über Nacht eine Wendung der Politik der Alliierten, besonders Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten erfolgen könnten, denn die Polen treffe mindestens derselbe Vorwurf, der den Russen gemacht werde.

London, 26. Aug. Der Warschauer Korrespondent der „Morning Post“ meldet, daß der polnische Außenminister an die Sowjetregierung Mahlsch den Vorschlag richtete, die Friedensverhandlungen nach Warschau zu verlegen, da die Verbindung zwischen Warschau und Moskau nur mangelhaft sei.

Rotterdam, 26. Aug. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat Tschitscherin einen Funkpruch an Kamenew geschickt, mit der Bitte, ihn der englischen Regierung mitzuteilen. Es werde darin der Friedenswille der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und die Vereinwilligkeit Russlands erklärt, an der Bedingung, daß in Polen eine Miliz von Arbeitern aufgestellt werden müsse, nicht festzuhalten. Dadurch sei vollkommene Übereinstimmung mit England betr. alle Bedingungen für den Frieden mit Polen erreicht worden.

Warnungen an die Polen

London, 26. Aug. „Daily Chronicle“ meldet, daß die Polen durch ihre Freunde, u. a. auch durch Frankreich, davor gewarnt worden seien, keine unehrerliche Haltung gegenüber den Russen anzunehmen. Besonders ist ihnen geraten worden, keinen Versuch zu unternehmen, ihre Grenzen weiter nach Osten auszuweihen. Die Alliierten würden es mit Mißfallen ansehen, wenn neue Vorfälle in die russischen Grundgebiete unternommen würden.

Paris, 26. Aug. Wie der „Matin“ erfährt, soll Ministerpräsident Millerand der Regierung in Warschau zu verstehen gegeben haben, daß es notwendig sei, Rußland mögliche Friedensbedingungen zu stellen, damit der Frieden in Mitteleuropa bald wieder hergestellt werde.

Von den Kampfhandlungen

Kopenhagen, 26. Aug. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Aus der Nordfront versucht der von allen Seiten umzingelte Feind nach Osten zu entweichen und macht außerordentlich heftige Angriffe gegen unsere Truppen südlich von Miława. Die Angriffe wurden abgewiesen. Einem unserer Regimenter erlitt dabei schwere Verluste. Es wurde festgestellt, daß die feindliche Keiterei die Gefangenen ermordet. In anderen Abschnitten waren die bolsche-

wischen Truppen die Waffen von sich und stüchteten panikartig gegen die deutsche Grenze, die sie massenweise überschreiten. In den letzten Kämpfen wurden die 18. und die 32. Sowjetdivision vollständig vernichtet, die 34. Division gefangen genommen. Bialystok wurde von der 1. polnischen legionären Division erobert. Einzelheiten fehlen noch. Die bolschewistischen Versuche, West-Litauen mit Hilfe eines Panzerzuges anzugreifen, waren ohne Erfolg.

Wilna besetzt und ausgeplündert

London, 26. Aug. Aus Kowno wird der „Times“ gemeldet, daß litauische Truppen Wilna besetzt haben. Die litauische Regierung hat Moskau davon benachrichtigt, daß dies aus militärischen Gründen notwendig gewesen sei, um zu verhindern, daß Wilna in polnische Hände fiel.

Wie der „Berliner Tageblatt“ aus Kowno telegraphiert wird, ist Wilna vollständig ausgeplündert. Die Bolschewisten haben im Widerbruch mit den getroffenen Vereinbarungen Sandpöbel weggeführt, alle Warenlager ausgeräumt und auch Maschinen entfernt.

Mandatsniederlegung der U.S.P.-Abgeordneten in Gotha

Berlin, 26. Aug. Der „Vorwärts“ meldet unterm 24. Aug. aus Gotha: Nachdem in der heutigen Sitzung der Landesversammlung die bürgerlichen Parteien die Ausdehnung des Reichstagsmandats auf das Land Gotha abgelehnt hatten, legten die U.S.P.-Mitglieder ihre Mandate nieder und machten dadurch die Versammlung beschlußunfähig. Ob Neuwahlen ausgeschrieben werden, hängt von den letzten Entscheidungen der Landesversammlung und Landesregierung ab.

Verkürzung der Polizeistunde

Berlin, 26. Aug. Das Reichsministerium des Innern hat die angeforderte Verkürzung der Polizeistunde für das ganze Reich beschlossen. Die Polizeistunde soll auf 11 Uhr herabgesetzt werden und, wenn zwingende Gründe vorliegen, eine weitere Verkürzung auf 10 1/2 Uhr erfolgen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verfügung des Ministeriums des Innern ist noch nicht bestimmt, wird aber wohl in der allernächsten Zeit bekannt gegeben werden.

Schwere Ausschreitungen im Siegerlande

Berlin, 26. Aug. In schweren Ausschreitungen kam es auf der Siegerländer Charlottenhöhe, wo die Arbeiterschaft die Direktion zwingen wollte, mehrere verurteilte Straftäter zu befreien. Der Betriebsdirektor wurde schwer verletzt, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der Vorstand des Werkes hat beschlossen, sämtliche Arbeiter zu entlassen.

Die englischen Arbeiter und die Luzerner Beschlüsse

London, 26. Aug. (Gavad.) Das Aktionskomitee der englischen Arbeiterpartei hat nach Kenntnisnahme des Luzerner Communiqués Lord George wissen lassen, daß das Komitee darin einen Schritt zum Frieden und zur reaktionären Politik erblicke. Der Vorschlag auf Schaffung einer bürgerlichen Miliz in Polen sei eine Einrede die hinsichtlich sei im Hinblick darauf, daß die Bildung einer solchen Miliz in dem von Lord George im Ausschusse vertretenen Bedingungen der Bolschewisten enthalten sei. Das Komitee sagt schließlich, daß die polnische Ablehnung der russischen Friedensbedingungen einen Rückschritt für die Neutralität Lord Georges darstelle, und daß die Zurückziehung der englischen Schiffe aus dem Baltischen Meer, sowie die Einstellung jeglicher Unterstützung Polens gefordert werden müßte.

Kein Generalstreik in Württemberg

Stuttgart, 27. Aug. Der Generalstreik vorerit abgelehnt. Die Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Stuttgarts lehnte mit überwältigender Mehrheit den Eintritt in den Generalstreik ab. Nur der radikale Flügel stimmte für den Streik. Eine letzte Abstimmung soll am Freitag nachmittag in einer weiteren Versammlung stattfinden.

Die Betriebsbeschlüsse in Württemberg

Stuttgart, 26. Aug. Durch die Schließung der drei größten industriellen Betriebe wurden 15 000—16 000 Arbeiter ausgesperrt. Die Betriebsräte beschließen, mit der Regierung so lange nicht zu verhandeln, bis die Polizeimehr aus den mit Stachelsticht gesicherten Betrieben entlassen ist. In Schlingen wurde der Generalstreik erklärt. In Karlsruhe ist es nicht gekommen.

Stuttgart, 26. Aug. In Stuttgart und Umgebung ist heute vormittags alles ruhig gewesen. Die ausgesperrten Arbeiter sind zu Betriebsversammlungen zusammengetreten, um über Maßnahmen zu beraten. Die Regierung ist zu einem entschiedenen Vorgehen fest entschlossen. Sie wird bei weiteren Ausschreitungen sofort den Belagerungszustand verhängen. Die Daimler-Werke und die Göttinger Maschinenfabrik haben sämtliche Arbeiter mit sofortiger Wirkung freigegeben. Die Daimler-Motoren-Gesellschaft erklärt an ihre Arbeiter folgende Erklärung: „Unsere Arbeitnehmer haben durch Drohung mit Gewalt die Durchführung des gesetzlichen Steuerabzuges verhindert und die Rückerstattung abgegebener Steuerbeträge erzwungen. Auch die Bemühungen von Vertretern der Regierung, die Arbeitnehmer zu einer Änderung ihrer Haltung zu bestimmen, sind erfolglos geblieben. Die württembergische Staatsregierung hat uns deswegen zur Schließung des Betriebes aufgefordert. Außerdem haben unsere Arbeiter drei zum Verkauf fertiggestellte Automobile zerstört und die Betriebsleitung, als sie die Entlassung zweier an dieser Beschäftigung beteiligter Arbeiter verweigerte, durch Drohung mit Gewalt zur Zurücknahme dieser Entlassungen gezwungen. Infolge dieses ungesetzlichen Verhaltens unserer Arbeitnehmer ist eine geordnete Weiterführung des Betriebes unmöglich geworden. Der Betrieb ist daher von der Staatsregierung unter polizeilichen

Schutz gestellt worden und liegt bis auf weiteres still. Sämtlichen Arbeitnehmern wird hiermit mit sofortiger Wirkung gekündigt. Der fällige Lohn sowie die Austrittspapiere werden durch die Post zugesandt.“

Zur Frage des Preisabbaues

Keiner, der es mit der arbeitenden Bevölkerung gut und ehrlich meint, kann die schwere Not, unter der die arbeitende Bevölkerung heute ganz besonders leidet, abstreiten. Vor aller Augen spielt sich die Tragödie der Arbeiterschaft ab und trotzdem scheuen die Großindustriellen und Agrarier, die Schieber und Wucherer, nicht davor zurück, dieses Unglück zu vergrößern.

Die Ansicht, daß ein Generalstreik die Preise abbaut und den Weg aus dem wirtschaftlichen Labyrinth weist, ist nicht die richtige. Eine wesentliche Rolle beim Preisabbau spielt vor allem die Wälua. Sätten wir Gold im Lande, so wäre die wirtschaftliche Lage sehr schnell eine andere. Aber da wir kein Gold haben, sondern nur Papier, ist unsere Wälua vom Auslande in weit höherem Maße abhängig, als viele unter uns glauben. Die Wälua ist eine absolut internationale Frage. Die gesamte Preisbildung auf dem Weltmarkt wird von ihr beeinflusst und beeinflusst natürlich in weit höherem Grade die Preise in den besiegten Ländern.

Das beste Beispiel dafür bietet Rußland. In Rußland, wo Lenin herrscht, wo die Diktatur des Proletariats ausgeübt wird und der Kapitalismus ausgeschaltet ist, ist man bis heute noch nicht in der Lage, durch politische Maßnahmen die Preisbildung auf dem Warenmarkt zu regeln. So hat Rußland drei verschiedene Rubel. Erstens den Zaren-Rubel, zweitens den Kerenski-Rubel und drittens den Sowjet-Rubel. Im höchsten Kurse steht in Rußland der Zaren-Rubel und trotzdem gelten gegenwärtig 10 000 Zaren-Rubel nur 60 M. oder 8 Schweizer Franken, während früher der Wert des Rubels 2,16 M. betrug. Heute kostet 1 Pfund Zucker in Rußland 3000 Rubel. Rechnet man dies auf die Vorkriegszeit um, so sind das für 1 Pfund Zucker 6480 M. Trotzdem also Rußland den Kapitalismus vollständig ausgeschaltet hat, vermögen Lenin und Trotzki durch politische Maßnahmen die Preisbildung auf dem Warenmarkt nicht zu regeln.

Dem Preisabbau und der wirtschaftlichen Krisis ist nur auf wirtschaftlichen Wegen beizukommen. Nicht gangbare Wege hierzu beschrieb in einer seiner letzten Nummern das Verbandsorgan der Transportarbeiter, der „Courrier“. Er weist besonders darauf hin, daß die unwirtschaftliche Produktion und die Betriebsmethoden erhebliche Ursachen der überhöhten Preise sind. Namentlich sei es die Tatsache, daß in vielen Gewerbezweigen trotz stark verminderter Gesamtwarenumsätze die Zahl der Personen, die sich in diesen Gewerbezweigen als selbständige Unternehmer, Fabrikanten Kaufleute und Händler betätigen, bedeutend gewachsen sei und diese neuen Unternehmer besonders bestrebt seien, unangemessene Gewinne zu machen. Das trage zur weiteren Verteuerung der Warenpreise bei. Nach der Ansicht des „Courrier“ kann ein wirklich durchgreifender Preisabbau nur durch eine nach den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu regelnde Mehrproduktion, insbesondere auch in der Landwirtschaft, erfolgen. Um einen durchgreifenden Preisabbau zu erzielen, müßte dafür gesorgt werden, den verarbeitenden Gewerben eine wirksamere Kontrolle über die Preisbildung ihrer Rohstoffe und die dem Verbraucher gestellten Preise der Fertigfabrikate zu verschaffen.

Nur dadurch, daß die Arbeiterschaft immer stärkeren Einfluß auf die Produktion bekommt, den verteuerten Zwischenhandel auszuschalten versucht, die Sabotage der Unternehmer verhindert und eine systematische Planwirtschaft anstrebt, ist es möglich, die drückenden Lasten und die herrschende Not von der so schwer leidenden minderbemittelten Bevölkerung abzuwenden.

Mit einem Generalstreik oder Verweigerung der Steuerzahlung kommt man zu diesem Ziele nicht. Diese Mittel würden auch außenpolitisch in ihrer Wirkung auf die deutsche Arbeiterschaft zurückprallen. Den Kapitalisten und Imperialisten der Entente ist die deutsche Republik schon längst ein Dorn im Auge. Können gelüftet schon lange nach den deutschen Kohlen- und Eisengebietern. Mit Argusaugen wachen sie über die prompte Erfüllung des Versailleser Friedensvertrages und des Spaer Abkommens. Erfüllen wir diese nicht — und durch einen Generalstreik und eine Steuerverweigerung ist dies in Frage gestellt — so werden die Hoch und Millerand keinen Augenblick zögern, das zu tun, was sie seit anderthalb Jahren fast täglich Deutschland androhen. Und namentlich in jetziger Situation, wo die deutsche Neutralität den Imperialisten der Entente ein Hemmnis auf dem Kriegspfade nach Rußland ist, würden sie sich eine Vergewaltigung Deutschlands keinen Augenblick überlegen. Deutschland als Außenmarschlande der Entente-Imperialisten im Kriege gegen Sowjet-Rußland würde den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Landes bedeuten, wäre gesteigertes Hunger unserer Frauen und unserer Kinder und ferner auch die Vergung der deutschen Arbeiterschaft unter die militärische Kautz der siegreichen Entente-Generäle.

Reichsminister Dr. Simons über die europäische Lage

Über die Neuherungen, die der Reichsminister Dr. Simons dieser Tage in der Schweiz getan hat, liegen nun genauere Meldungen vor. Wir ergänzen deshalb die vorgefertigen von uns gebrachte kurze Mitteilung.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons hatte in Badenweiler eine Unterredung mit dem Auslandsredakteur der „Basler Nationalzeitung“, über deren Verlauf dieser u. a. berichtet:

„Ich halte eine jede Differenz zwischen Frankreich und England schädlich für Deutschland“, sagte Dr. Simons. „England hat sehr viele Belangen, und am Ende werden die Gegensätze immer auf dem Rücken der Deutschen ausgetragen. In diesem Punkte ist England der Schwächere. Die englischen Liberalen, mit denen sich Prinz Max von Baden geistesverwandt fühlt, sind sicherlich eine höchst achtenswerte Partei, doch auf gerather Hand nicht machbar.“ Das schlimmste Hindernis für eine glückliche Entwicklung scheint dem Minister das grenzenlose französische Mißtrauen. Mit sichtlichem Bedauern stellte Dr. Simons fest, daß Deutschland nach französischer Anerkennung seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen von Spa quantitativ nachzukommen sei, während das Ergebnis qualitativ nicht ebenso befriedigend war. Dr. Simons ist der Ansicht, daß die deutschen Wiederherstellungen teilweise in Waren und teilweise finanziell und zwar in bestimmten Quoten, geleistet werden sollen. Wenn Deutschland mehr Kohlen liefern, so würde es dadurch auch mehr fremde Devisen erhalten, ohne die seine Industrie nicht zu leben vermag. Dr. Simons meinte weiter, so fürchtbar sie auch gewesen wäre, so wäre eine Nichtunterzeichnung des Versailler Friedens und ein französisches Einrücken physikalisch besser gewesen, denn dann wäre die Rechnung gleich gemacht worden. Es hätte in Frankreich einspannend gewirkt und ebenso der ganzen Welt eingepreßt, daß Versailles ein unmöglicher Gewaltakt sei. Dr. Simons nahm für sich in Anspruch, daß er schon vor längerer Zeit in Berlin den Umschwung des Kriegsglücks im russisch-polnischen Krieg vorausgesehen und auf die Notwendigkeit der militärischen Lage mit jener bei der ersten Marne-Schlacht hingewiesen habe. Er erwarte, daß auch die politischen Räume nicht so weit in den Himmel wachsen werden, wie es heute den Anschein habe. Er sei voller Anerkennung über die Leistungen der französischen Strategie und er trete mit Leidenschaft für die volle Neutralität ein. Er finde, daß diese jetzt in Berlin nicht streng genug genommen würde und er dränge seinen Urlaub, der eigentlich sein Urlaub sei, ab, um in Berlin nach dem Frieden zu sehen. Er mache sich dabei auf einen starken Widerspruch der Unabhängigen gefaßt. Die Versuche, Deutschland aus seiner Neutralität zu bringen, seien auf beiden Seiten groß gewesen, und er deutete hier manches an, was vorher besser ungefaßt geblieben wäre. Er habe allen diesen kühnen Wendungen von rechts und links widerstanden. Zwischen Ost und West könne Deutschland bloß Schlichter sein, und er wolle, daß es ein solches sei. Die Behauptungen von einem deutschen Völkerverweis sind er nicht. Das könnte in Deutschland höchstens eine kurze Phase sein, die freilich vieles zerstören würde. Dr. Simons sieht auch für Rußland die Umwandlung der bolschewistischen in eine Dauernrepublik voraus und widerspricht der Meinung, daß dann wohl der weiße Terror käme und das Bündel eben so weit nach rechts schwingen würde wie jetzt nach links. Er glaubt, die Opportunisten, die jetzt für die Franzosen wohl eine schlimme Enttäuschung, Dr. Simons will aktive Neutralität, unter allen Umständen Vermeidung eines neuen Krieges. Er glaubt, daß die eigentliche Entscheidung über die Zukunft fallen wird, wenn Frankreich seine wahre finanzielle Lage erkennen wird.

Die französischen Sozialisten, die nationale Verteidigung und Moskau

Paris, 26. Aug. Der „Petit Parisien“ schreibt: In sozialistischen Kreisen Frankreichs herrscht eine ziemlich starke Erregung die als Vorzeichen einer neuen Spaltung in der französischen sozialistischen Partei betrachtet werden darf. Die Erregung ist dadurch hervorgerufen worden, daß die Sowjets sehr scharfe Bedingungen für den Eintritt der französischen Sozialisten in die dritte Internationale stellen. Es handelt sich vor allem darum, daß die Sowjets von den Franzosen die Ablehnung des Prinzips der nationalen Verteidigung verlangen, eine Forderung, auf die die Führer selbst der französischen extremsten Sozialisten nicht eingehen wollen.

Wie wir gestern berichteten, hat der Arbeiterbund auch den Eintritt in die 3. Internationale abgelehnt. Die Bolschewisten werden an der Möglichkeit ihrer Forderungen wie an dem Zahn ihrer Politik scheitern.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff. Bevor wir mit Wilhelm Hauffs historischem Roman „Lichtenstein“ beginnen, soll über den Werdegang des Dichters etwas gesagt werden. Wir haben schon oft ein Lied auf den Lippen gehabt, ohne zu wissen, daß es von dem schwäbischen Dichter Wilhelm Hauff stammt. „Steh' ich in finst'rer Mitternacht“ ist Volkseigentum geworden, ebenso wie Goethes: „Sah' ein Knab' ein Röslein stehn“ über des andern Schwaben Umland. „Ich hatt' einen Kameraden“. Hauff ist vor 118 Jahren in Stuttgart geboren und ein „Morgenrot hat ihm schon zum frühen Tod geleuchtet“. Er starb mit fünfundsiebenzig Jahren. Sein kurzes Erdenleben war reich an Erlebnissen (er sollte Geistlicher werden), die sich zu einer umfangreichen Arbeit verdichteten. Wie viele schwäbische Dichter jener Zeit, und auch unserer Tage, blieb er auf seiner Scholle, er war Heimatdichter. Sein bedeutendstes Werk ist der in unserm Blatte nun erscheinende historische Roman „Lichtenstein“. Die Dichtung führt uns in die Reformationszeit mit ihren Glaubenskämpfen, Städte-, Bauern- und Hundstriege. Dieser Hauff-Roman hat heute wieder doppeltes Interesse für uns, die wir in einem Reihe leben, in dem die Geister in schweren Partei- und Wirtschaftskämpfen aufeinanderprallen, in einem Staat, dessen Bürger Frondienste leisten müssen für fremde Völker. Ganz herrlich, gemüht und heimlich, mit natürlicher Sprache, weiß der Dichter landschaftliche Bilder, aus dem Schwarzwald zu zeichnen. Ob dieser Kunst wurde ihm von seinen Zeitgenossen eine reiche dichterische Zukunft vorausgesagt. Hauff hat, wie später sein Verehrer Schöffel (in Karlsruhe geboren) im Elfschard, aus alten vergilbten Urkunden und Akten einen frischen, warmblütigen Roman erblühen lassen, der zugleich ein Kulturbild ist, das an Anschaulichkeit und Wahrheit wenig seinesgleichen hat.

Erster Teil.

1. „Was soll doch dies Drammen sein? Was deutet dies Geschrei? Will treten an das Fensterlein, Ich ahne, was es sei.“

Umland.

Nach den ersten trübigen Tagen des März 1519 war endlich am zwölften ein recht freundlicher Morgen über der Reichsstadt Ulm aufgegangen. Die Donauwelle, die von diese Jahreszeit

Die Zerlegung der U.S.P.

Der Bezirksleiter Weischnid des Deutschen Eisenbahnerverbandes für den Bezirk Halle hat an den Parteivorstand der U.S.P. in Halle ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der U.S.P. erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß die jetzige Politik der U.S.P. alle bisherige mühselige Arbeit der Arbeiterbewegung zunichte macht. Das Vorgehen gegen Ströbel wie gegen Kautsky habe gezeigt, welchen Weg die U.S.P. zu gehen gedenke. Alle diese Ereignisse haben ihn schließlich zu der Überzeugung gebracht, daß das Bestehen der unabhängigen Parteiorganisation die gesunde Fortentwicklung der Arbeiterbewegung in Frage stellt. — Genosse Weischnid ist wieder der S.P.D. beigetreten.

Reichspostminister Giesberts über den Post- und Telegraphenverkehr

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblattes“ erklärte Reichspostminister Giesberts: Ich sehe im allgemeinen nicht zu schwarz in die Zukunft. Allerdings ist der Post- und Telegraphenverkehr vollkommen abhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage. Die gegenwärtige Krise ist zweifellos die wesentliche Ursache für den Verkehrsrückgang.

Frage: Glauben Sie nicht, Herr Minister, daß die Aufhebung des Disports zu einem wesentlichen Verkehrsrückgang geführt hat?

Giesberts: Kaum. Ebensovienig verspreche ich mir von einer Verbilligung des Anfahrtsartenverkehrs. Hier ist die Verteuerung der Papierpreise die wesentliche Ursache für den verminderten Absatz. Ich brauche aber wohl kaum zu betonen, daß ich für eine möglichst baldige Beseitigung der Posterschönungen bin. Ich habe im Reichstag bei der Beratung der Tarif-erhöhungen ausdrücklich gesagt: „Die Verteuerung ist eine Warnungstafel für unser Wirtschaftsleben.“ Der Zustand, in dem wir jetzt leben, wo wir mehr verzeichnen als wir produzieren, muß unbedingt ein Ende nehmen. Wir müssen wieder mehr arbeiten als wir essen — das ist der einzige Ausweg.

Frage: Glauben Sie nicht, Herr Minister, daß eine Herabsetzung der Tarife möglich wäre, sobald die Materialkosten im Preise gefallen sind?

Giesberts: Die Steigerung der sachlichen im Verhältnis zu den Personal-Ausgaben bei der Post und Telegraphie ist folgender: Wir hatten an dauernden Ausgaben im Etat von 1914 749,5 Millionen, die sich 1920 nach dem ersten Entwurf des Haushaltsplans auf 4409,9 Millionen, nach dem zweiten Entwurf auf 5452,4 Millionen Mark stellten. Davon betragen die sachlichen Ausgaben: 1914 187,2 Millionen, 1920 nach dem ersten Entwurf 881,5, nach dem zweiten 883,7 Millionen Mark. Demgegenüber beliefen sich die Personal-Ausgaben 1914 auf 562,3 Millionen, 1920 aber auf 3528,4 bzw. 4568,7 Millionen Mark. Hieraus geht hervor, daß die sachlichen Ausgaben sich im Verhältnis zu den Gesamtausgaben von 23 Prozent auf 13,2 bzw. 16,2 Prozent verringert haben, während die Personal-Ausgaben von 75 Prozent auf 86,8 bzw. 83,8 Prozent gestiegen sind. Die Ursache hierfür liegt vor allem in der großen Zahl von Ausschüssen im Unterbeamtenverhältnis, die nach dem Kriege, als die Beamten aus dem Dienste zurückkehrten, zum großen Teil im Betriebe überzählig wurden, aber infolge Einspruchs des Demobilisierungsamts nicht entlassen werden konnten. Es handelt sich um etwa 35 bis 40 000 Hilfskräfte, die zwar jetzt, während der Urlaubszeit voll beschäftigt sind, aber nach dem Herbst womöglich nur noch vier Tage in der Woche werden arbeiten können. Die Bezahlung dieser Hilfskräfte beträgt allein 400—500 Millionen Mark jährlich. Dazu kommen die allgemeinen Mehraufwendungen infolge Inkrafttretens des Achtstundentages.

Die Wahrheit über Oberschlesien

Die Gewerkschafts- und Parteiführer der Sozialdemokratie und der Unabhängigen in Katowitz geben eine gemeinsame festgelegte authentische Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien, an deren Schluß es heißt:

Wir stellen öffentlich fest: 1. Den ganzen Vorgängen lag nichts anderes zugrunde als der einfache Wille zur unbedingten Neutralität und zur Erhaltung von Ruhe und Frieden im Lande.

2. Die allgemeine Besorgnis über die bedroht erscheinende Neutralität Oberschlesiens hat zu spontanen Kundgebungen auch an solchen Orten geführt, die von den Gewerkschaften über die geplante Demonstration nicht benachrichtigt worden waren, z. B. in Leobschütz, Josef, Lublitz, Tarnowitz usw.

3. Die Tatsache, daß überall dort, wo bei der Demonstration kein Militär aufgestellt wurde, der Verlauf ruhig war, liefert den klaren Beweis, daß

keine deutsche Organisation irgendwelche Ausschüßigkeiten im Schilde führte.

4. Die Vorgänge haben darüber hinaus aller Welt bewiesen, daß es im Gegensatz zu den Polen

auf deutscher Seite weder eine Waffenorganisation noch überhaupt Waffen in nennenswertem Umfange

gibt, denn sonst hätte keine Macht der Welt verhindern können, daß sie jetzt angesichts des polnischen Aufstandes in die Erscheinung getreten wären.

5. Die von Korfantsky gestiftete Auffassung der Franzosen, daß es sich bei der Demonstration um eine bolschewistische Bewegung gehandelt habe, wird durch die ganze Entstehung der Demonstration, wie auch durch den vorstehend geschilderten Zustand der weiteren Ereignisse, eindeutig widerlegt.

6. Wir halten es endlich für unsere Pflicht, zu erklären, daß die deutsche Sicherheitspolizei sich über alles Lob erhaben

gezeigt und sich in jeder Weise bewährt hat.

Gleiwitz, den 21. August 1920.

Hauske, M. D., Parteisekretär.
Sarger, M. D., Gewerkschaftssekretär.
Laußner, Stadtverordneter, Parteisekretär.
Speil, Stadtverordneter, Gewerkschaftssekretär.

Eine Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 26. Aug. Ein gemischter Ausschuss, in dem das Reichs- und das Staatsministerium, städtische Körperschaften, die Universität, Ortsverbände, Berufsvereine, Gewerkschaften, sowie die bedeutendsten Frankfurter Wohlfahrts- und Bildungsorganisationen vertreten sind, hat die Vorarbeiten abgeschlossen, die zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Anbahnung an die Universität Frankfurt führen sollen. Die Beratungen erstreckten sich hauptsächlich auf Fragen der Zweckbestimmung der Anstalt, der Ziele, der Methoden des Unterrichts, der Verwaltungsführung und der Bedienung der voraussichtlichen Kosten. Als Teilnehmer (die Zahl Hundert soll vorerst nicht überschritten werden) sind Arbeiter und nicht akademisch gebildete Angestellte und Beamte in Aussicht genommen, Männer und Frauen zwischen 24 und 40 Jahren. Der Ausschuss hat das Ergebnis seiner Beratungen in einem kurzen Bericht zusammengefaßt, der gegenwärtig an die interessierten öffentlichen Körperschaften und Gesamtverbände, sowie an die großen Berufs- und Bildungsorganisationen im Reich versandt wird, um deren Stellungnahme zu erfahren. Nach Eingang der Antworten will der Ausschuss die Interessenten zu einer gemeinsamen Tagung zusammenführen, auf der die Gründung endgültig vollzogen werden wird.

Ein bekehrter Moskauer

Die „Vossische Zeitung“ berichtet: Der Braunschweiger Kommunistenführer August Merges sah nach seiner Rückkehr aus Moskau seine Erlebnisse in drei öffentlichen Vorträgen zusammen. Merges warnte vor der Einführung in Rußland. Das russische Wirtschaftsleben sei nicht so, wie es sein müßte. Die Lebenshaltung sei furchtbar teuer, Papiergeld würde mit Papiergeld totgeschlagen. Die Stimmung in Rußland sei sehr gedrückt. Was in Rußland geboten werde, sei „kein Kommunismus“ in Reinkultur. Die Politik werde in Rußland von der kommunistischen Partei beherrscht, die 600 000 Mitglieder zähle. Einige Hunderttausend von ihnen seien aber nur Kletterer, Witzläufer, denen man nicht trauen könne. „Die russische Methode kann“, so sagt Merges, „in Deutschland nicht angewandt werden.“ In Rußland haben wir das System des strengen Zentralismus, eine langweilige Bürokratie, eine Nachahmung der kapitalistischen Methode. Unseren Antrag auf Aufnahme in die Dritte Internationale hatten wir wieder zurückgezogen, weil man uns auf den Parlamentarismus und Zentralismus festlegen wollte. Wir lassen uns von Moskau keine Vorschriften machen. Wir wissen selbst, was wir zu tun haben.

immer noch drügend über der Stadt liegen, waren schon lange vor Mittag der Sonne gemieden, und immer freier und weiter wurde die Aussicht in die Ebene über den Fluß hinüber. Aber auch die engen kalten Straßen mit ihren hohen dunklen Giebelhäusern hatte der schöne Morgen heller als sonst beleuchtet und ihnen einen Glanz, eine Freundlichkeit gegeben, die zu dem heutigen festlichen Ansehen der Stadt gar trefflich paßte. Die große Herbruderergasse — sie führt von dem Donator an das Rathaus — stand an diesem Morgen gedrängt voll Menschen, die sich Kopf an Kopf wie eine Mauer an den beiden Seiten der Häuser hinstreckten, nur einen engen Raum in der Mitte der Gasse übrig lassend. Ein dumpfes Gemurmel gespannter Erwartung lag über die Reihen und brach nur in ein kurzes Gelächter aus, wenn etwa die alten, strengen Stadtmagister eine hübsche Diene, die sich vorlaut in dem freigelassenen Raum gedrängt hatte, etwas unfaßlich mit dem Ende ihrer langen Hellebarde zurückdrängten, oder wenn ein Schall sich den Späß machte, „Sie kommen! Sie kommen!“ rief, alles lange Hälse machte und schaute, bis es sich zeigte, daß man sich wieder getäuscht habe. Noch dichter aber war das Gedränge da, wo die Herbruderergasse auf den Platz vor dem Rathaus einbiegt. Dort hatten sich die Jünke aufgestellt. Die Schiffergilde mit ihren Altmeistern an der Spitze, die Weber, die Zimmerer, die Brüder mit ihren Fahnen und Gewerkezeichen, sie alle waren im Sonntagsswams und wohlbewaffnet zahlreich dort versammelt. Vor aber schon die Menge hier unten einen fröhlichen, festlichen Anblick dar, so war dies noch mehr der Fall mit den hohen Häusern der Straße selbst. Bis an die Giebelhäuser waren alle Fenster voll gepushter Frauen und Mädchen, um welche sich die grünen Tannen- und Larusweige, die bunten Teppiche und Tücher, mit welchen die Seiten geschmückt waren, wie Rahmen um liebliche Gemälde zogen. Das anmutigste Bild gewährte wohl ein Erkerfenster am Hause des Herrn Hans von Besserer. Dort standen zwei Mädchen, so herrlich an Gesicht, Gestalt und Kleidung, und doch beide von so ausgezeichnetem Schönheits, daß, wer sie von der Straße betrachtete, eine Weile zweifelhaft war, welcher er wohl den Vorzug geben möchte. Beide schienen nicht über achtzehn Jahre alt zu sein. Die eine, größere, war gart gebaut, reiches braunes Haar zog sich um eine freie Stirne, die gemalten Bogen ihrer dunklen Brauen, das ruhige klare Auge — sie gab ein Bild, das unter unsern heutigen Damen für sehr ansehend gelten würde, das aber in jenen Zeiten, wo noch höheren Farben, volleren Formen der Apfel anerkannt wurde, nur durch seine gebietende Würde neben der andern Schönen sich geltend machen konnte. Diese, kleiner und reichlicherer Fülle als ihre Nachbarin, war eines jener unbesorgten, immer heiteren Wesen, welche

wohl wissen, daß sie gefallen. Ihr hellblondes Haar war nach damaliger Sitte der Ulmer Damen in viele Rädchen und Zöpfchen geschlungen und zum Teil unter ein weißes Häubchen voll kleiner, künstlicher Fäldchen gesteckt. Das runde frische Gesichtchen war in immerwährender Bewegung, noch rastloser schillerten die lebhaftesten Augen über die Menge hin, und der lächelnde Mund, der alle Augenblicke die schönsten Zähne zeigte, zeigte deutlich, daß es unter den vielerlei abenteuerlichen Gruppen und Gestalten nicht an Gegenständen fehle, die ihrer fröhlichen Laune zur Zielscheibe dienen mußten.

Sinter den beiden Mädchen stand ein großer, bejahrter Mann; seine tiefen, strengen Füge, seine buschigen Augenbrauen, sein langer dünner, schon ins Graue spielende Bart, selbst sein ganz schwarzer Anzug, der wunderbarlich gegen die reichen bunten Farben von ihm her abfiel, gaben ihm ein ernstes, beinahe trauriges Aussehen, das kaum ein wenig milder wurde, wenn ein Schimmer von Freundlichkeit, hervorgerufen durch die glücklichen Einfälle der Blondine, wie ein Wetterleuchten durch das finstere Gesicht zog. Die Gruppe, so verchieden in sich durch Farbe und Schattierung, wie durch Charakter und Jahre, zog hin und wieder die Aufmerksamkeit der Anstehenden auf sich. Manches Auge hing an dem schönen Mädchen, und sie beschafften eine Weile durch ihre überraschende Erscheinung jene müßige Menge, die schon ungeduldig zu werden anfang, daß das Schauspiel, dessen sie harrete, noch immer sich nicht zeigen wollte. Es ging schon stark gegen Mittag. Die Menge wogte immer ungeduldiger, presste sich stärker, und hin und wieder hatte sich schon einer oder der andere aus dem Reifer der ehrsamen Jünke auf den Boden gelagert, da tönten drei Stillschüsse von der Schanze auf dem Luginsland herüber, die Glocken des Münsterturms begannen tief, volle Akkorde über die Stadt hingurrollen, und im Augenblick hatten sich die verworrenen Reihen gebildet. „Sie kommen, Marie, Sie kommen!“ rief die Blonde im Erkerfenster und schlang ihren Arm um den Leib ihrer Nachbarin, indem sie sich weiter zum Fenster hinausbeugte. Das Haus des Herrn von Besserer bildete die Ecke der vorderwärtigen Straße, von dem Erker konnte man hinab beinahe bis an das Donator und hinüber bis in die Fenster des Rathauses sehen, und die Mädchen hatten also ihren Standpunkt trefflich gewählt, um das Schauspiel, dessen sie harreten, ganz zu genießen. Die Gasse zwischen den beiden Reihen des Volkes war indes mit Mühe weiter gemacht worden, die Stadtmagister stellten sich mit weit ausgestreckten Hellebarde auf, tiefe Stille herrschte unter der ungeheuren Menge, nur das Gelächte der Glocken tönte noch fort.

(Fortsetzung folgt.)

Der frühe...
bedingten...
hohle und...
eid zu leisten...
großes Gefähr...
schwebender...
Das schreibt...
Deutschland...
launter Sozia...
es bejubelten...
Wohman in em...
fraten erman...
Bezirksrä...
Regierung em...
Im Falle...
den Entlassene...
schlechte Geji...
brückt selbst ei...
mit dem Mini...
hast war, gep...
„Wenn...
schonere...
einbar, daß...
mit allen Kr...
heftig...
Baumann...
Gegner der bo...
überblüht his...
berzinsführung...
die Regierung...
zassen, soll ih...
amieren lassen...
solche Selbstm...
reiben, zumal...
heit die Erläut...
auf die republi...
der Sid keine...
sprache. Wenn...
noten den „M...
lassen hat, so...
Baumanns do...
mann dem rep...
Die will er d...
durchführen, i...
allen Kräfte...
Stelle zu sehe...
Rein, so...
Die monarchist...
liche Anmeide...
immer dreist...
an bezogtete...
der politisch...
Baumann...
kali aus dem...
man ihn für...
tigen, auch no...
gemärdern? B...
um amlichen...
in solchen Fä...
mit muß sich...
Zu dem...
gabe auch die...
merkt, daß A...
lerium auf 1...
weil er sich g...
senen Beamte...
verfassung zu...
nung, daß die...
Staatsdienst...
unter der Wel...

Badische Politik

Ein Schilling der Deutschnationalen

Der frühere Amtmann Baumann von Lörach ist vom badischen Staatsministerium aus dem Dienst entlassen worden, weil er sich im Dezember 1919 weigerte, den durch die badische und die Reichsverfassung vorgeschriebenen Beamtenentwurf zu leisten. Darob erhebt nun die „Süddeutsche Zeitung“ großes Geschrei und bringt einen längeren Artikel mit der beschrifteten Überschrift: Du sollst keinen Charakter haben! Das schreibt das Blatt der früheren Konfessionen und heutigen Deutschnationalen, die in Kreisen nicht duldeten, daß ein bekannter Sozialdemokrat auch nur Nachwächler wurde und die es bejubelten, als in Baden der ehemalige Staatsminister von Bodman in öffentlicher Kammerführung erklärte, Sozialdemokraten ermangelten des Gemeinfinns, könnten somit nicht zu Regierungsämtern ernannt werden, — bestimmt werden.

Zu Baumann ist aber die Sachlage wirklich eine für den Entlassenen weit ungünstigere, als eine, sagen wir, nicht bestellte Gesinnung zu haben. Die „Süddeutsche Zeitung“ drückt selbst einen Teil des Schriftwechsels ab, den Baumann mit dem Ministerium des Innern, dem er als Amtmann unterstellt war, geflogen hat. Darin sagt er:

„Wenn ich der republikanischen Verfassung Treue geschworen habe, so ist es mit dem Begriff der Treue nicht vereinbar, daß ich mich — wenn auch auf gesetzlichem Wege und mit allen Kräften — dafür einsetze, daß die Republik beseitigt und die Monarchie wieder hergestellt wird.“

Baumann ist also entragierter Monarchist und scharfer Gegner der badischen Republik. Er will sie beseitigen, wie er unüberhört hinzusetzt, mit allen Mitteln und will der Wiederherführung der Monarchie die Bahn ebnen. Dafür soll ihn die Regierung, soll ihn der badische Staat aber auch noch bezahlen, soll ihn sogar an bevorzugter Stelle im Staatsleben amtierend lassen. Das ist doch wahrlich zu viel verlangt. Eine solche Selbstmordpolitik kann und darf auch eine Republik nicht treiben, zumal Baumann im weiteren Verlauf der Angelegenheit die Erklärung abgegeben hat, er weigere sich, den Eid auf die republikanische Verfassung zu leisten, da ein solcher Eid seiner monarchischen Überzeugung widerspreche. Wenn dann das Staatsministerium vor einigen Monaten den „überzeugten Monarchisten“ aus dem Dienste entlassen hat, so hat es sicher keine Maßregelung der Bestimmung Baumanns vorgenommen. Wie will ein monarchischer Amtmann dem republikanischen Staat ohne allen Vorbehalt dienen? Wie will er die Anordnungen der republikanischen Regierung durchführen, wenn er selbst willens ist, diese Regierung mit allen Kräften zu beseitigen und eine monarchistische an ihre Stelle zu setzen?

Nein, so darf eine Republik nicht mit sich spielen lassen. Die monarchistischen Herrschaften werden an sich durch die neuerliche Annäherung der Kapp-Küsterverbrecher auch in Baden immer drücker; sie noch in Amt und Würden zu belassen und an bevorzugte Stellen im Staatsleben zu setzen, das hieße mit der politischen Substanz der Republik Schindluder treiben. Baumann beschwert sich noch, daß er ohne Ruhegehalt aus dem staatlichen Dienst entlassen worden ist. Ja, soll man ihn für seinen „guten Willen“, die Republik zu beseitigen, auch noch seitens dieser Republik lebenslängliche Pension gezahlt werden? Zudem erklärt gestern abend die „Karlsruher Zig.“ im amtlichen Teil, daß es nach dem badischen Beamtengehalt in solchen Fällen unmöglich ist, Ruhegehalt zu gewähren. Damit muß sich auch der Monarchist Baumann abfinden.

Zu dem „Fall“ Baumann nimmt in ihrer gestrigen Ausgabe auch die amtliche „Karlsruher Zeitung“ Stellung und bemerkt, daß Amtmann Baumann durch das Staatsministerium auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen wurde, weil er sich geweigert hat, den durch die Verfassung vorgeschriebenen Beamtenentwurf auf die republikanische Reichs- und Landesverfassung zu leisten. Amtmann Baumann hat auf die Entlassung, daß die Verweigerung des Ruhegehalts sein Verbleiben im Staatsdienst unmöglich mache, um seine alsbaldige Entlassung unter der Bedingung nachgefragt, daß ihm Ruhegehalt zugesagt

werde. Letzteres ist nach den Bestimmungen des Beamtengehaltsgesetzes jedoch nur möglich, wenn der Beamte nach Erwerbung der Ruhegehaltsberechtigung das 66. Lebensjahr zurückgelegt hat oder wegen eines körperlichen Gebrechens oder Schwächung seiner körperlichen und geistigen Kräfte dienstunfähig geworden ist. Die Entlassung des Amtmanns Baumann ohne Ruhegehaltsgewährung war also nach dem geltenden Beamtenrecht die unvermeidbare Folge seines Verhaltens.

Regierung und Müller. Die Verhandlungen der badischen Regierung mit den Bad. Müllerverbänden führten zu dem Ergebnis, daß die Vorschriften über Maßschneide und Wäulenkontrollen bis zur Erfüllung des Ablieferungsplans durch die einzelnen Kommunalverbände wie bisher durchgeführt werden müssen. Den Müllerern wird bis zum 1. September 1920 Zeit gelassen ihre Betriebe wieder in Einklang mit den bestehenden Vorschriften zu bringen. Nach dem 1. September setzt die Wäulenkontrolle in gleicher Weise wie bisher wieder ein. Soweit nötig haben daher die Landwirte die Ausstellung von Maßschneidern zu befragen.

Von den Gleichungen des Bolschewismus

Von Friedrich D.L.

Bolschewismus ist nicht Sozialismus. Bolschewismus ist höchstens Methode für den Sozialismus. Vielleicht wäre Sowjetrußlands beherrschende Außenpolitik nicht, könne man sagen, es fehlt ihm die Elastizität der Methode. Um die Unbekannte zu finden, darf man in der Gleichung keinen Faktor zerlegen. Und der Terror läßt, erschlägt, tötet.

Dem Sozialismus ist die Zukunft. Man behauptet, der Weltkrieg hätte den großen sozialistischen Hebel geschaffen. Das mag sein. Verstaatlichung an und für sich kann mit Sozialismus nicht das geringste zu tun haben. Beispiele beweisen die Radikalität des Kapitalismus in den mannigfaltigsten Formen der Verstaatlichung. Sozialisierung wird immer unberechenbare Operation bleiben, Tod der Persönlichkeit und der persönlichen Initiative, wenn die ökonomischen Geschäfte, die Funktionen, nicht vorher sozialisiert sind.

Demokratie ist das, was für den Bolschewismus bezweifelt werden kann, nämlich Methode. Spricht man von sozialer Demokratie, wird man wahrscheinlich bewußtlichen Sozialismus meinen. Und der ist Sache der Entwicklung und nicht Sache der Theorie. Was wir jetzt sehen, ist kurz das: Sozialismus ist Wohlstand, Betätigung in der Gemeinamkeit, Diagonale von Tausend und aber Tausend Kräfte, die man sich nicht zahlreich und mannigfaltig genug wünschen kann. Schlägt der Bolschewismus aus diesem Kräfteparallelogramm auch nur einen Schenkel weg, so richtet er sich selbst. Ist dem aber nicht so, so hilft man nicht die Flagg, wenn der Herr des Hauses nicht da ist.

Lieber ein Rußland Lenins im Osten als ein zaristisches oder wenn auch kleinstädtisches. Lenin kann im europäischen Drama treibendes Element sein, ein Protege Poincarés wird retardierend wirken. Ein starkes Rußland der Demokratie kann den Osten zum zweitemal zur Wiege der Welt machen. Wir könnten uns mit dem Bolschewismus in Warschau abfinden, aber man soll in der Betrachtung des russisch-polnischen Problems nicht das Tatsächliche der Dinge übersehen und der Spitze zu sehr nachgeben. Das wäre der ungerechte Fehler, den die innere Politik der Bolschewisten beging, die den Dingen gerecht wurde und die Gesetze der Spitze überließ.

Vielleicht hat der Imperialismus Lenins Sowjet-Rußland vor dem 18. März der deutschen Republik gerettet. Vielleicht hat aber das anfängliche Glück der bolschewistischen Waffen den Grund zum 18. März in Rußland gelegt. Das rote Proletariat kann man den zaristischen Hofadeln geben, den Peterburger Grenadier-Offizier brauchen. Beide bleiben in aller Zukunft sich abführende Pole. Und heute schon glaubt die Welt nur noch an einen russischen Nationalismus. Zum mindesten der Geist von Potsham, dessen Vertreter in Reichswehruniformen in staatlichen Kräfteparallelogramm durch die Straßen rollen und die Revolven aus dem Osten predigen. Sie, die Spartakusabwesenzentrallen gründen, wollen uns den Bolschewismus bringen. Falsche Ergebnisse sind die Folgen unrichtiger Gleichungen.

Furchsprüche besitzigen nicht die Fächer über den Druckdruck. Rußland fällt gegenwärtig die Macht der Tarfaden. Die Wendung der Dinge an der Weichselinie können für Rußland einen größeren Sieg sein als der Fall Warschau, wenn dieser Umkehrung Rußland und den Sozialismus vor der Verfassung mit dem russischen Nationalismus bewahrt. Vielleicht ist das witterwendige Waffenglück eine Fabelreihe, die andere Werte gegen die physische Gewalt der gefährlichen Muskel aufnimmt. Vielleicht

ist der wiederbelebte russische Militarismus doch mehr gefesselt als der gefügsame Arm der Lenin und Trotski. Vielleicht ist er die Unbekannte gewesen, die erst bei Auflösung der Gleichung auf dem Ergebnis der Kräfteparallelogramme kommt, die Menschen und Dinge, Theorie und Praxis, Idealismus und Humanität verbindet.

Aus der Partei

Die Beratung des Parteiausschusses

Der Parteiausschuß beschäftigte sich gestern mit der Tagesordnung des Parteitag. Wels teilte mit, daß für die Tagung der größte Saal der Stadt, die „Stadthalle“, gemietet sei und forderte alle Organisationen zu starker Befestigung dieses ersten Friedensparteitages der Partei zur vollen Ausnutzung des Delegationsrechtes auf. Die Tagesordnung des Parteitag wurde einstimmig entsprechend den Vorschlägen des Parteivorstandes folgendermaßen in Aussicht genommen:

1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeine politische Lage. Referent Wels.
 - b) Organisation und Kasse. Referent Warts.
2. Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Berichterstatter ist noch nicht bestimmt.)
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent Brähne.
4. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. Referent Meerfeld-Rbin.
5. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Hirsch und Engler-Freiburg.
6. Die Revision des Parteiprogramms. Referent Dr. Adolf Braun.

Zur Revision des Parteiprogramms erscheint in den nächsten Tagen die von uns bereits angekündigte Sammlung von Gutachten im Vorwärts-Verlag, über die Dr. Braun zusammenfassend referieren wird. Voraussichtlich wird dann der Parteitag eine Programmkommission einsetzen und dem nächstjährigen Parteitag die endgültige Beschlußfassung über das neue Programm überlassen. Zugleich sollen die Vorarbeiten für das neue Agrarprogramm in Angriff genommen werden; es soll im September eine Sachverständigenkommission zusammenzutreten, welche über das Ergebnis ihrer Arbeiten dem Parteitag berichten wird. Vom Ausgang ihrer Beratungen wird es abhängen, wie die Arbeit am Agrarprogramm fortgeführt werden soll. Dem Parteitag wird schließlich, wie schon früher üblich, eine Frauenkonferenz vorzugesenden, die sich einerseits mit der allgemeinen Frage der sozialdemokratischen Organisation der Frauen, andererseits mit der Betätigung der sozialdemokratisch organisierten Frauen in der Wohlfahrtspflege beschäftigen wird.

Bei dem Finanz- und Kassenbericht werden auch Änderungen des Parteistatuts zur Sprache kommen. So wird insbesondere dem Parteitag ein Antrag auf wesentliche Erhöhung des Mindestbeitrages unterbreitet werden.

In der ausgedehnten Aussprache über die Verhandlungen des Parteitag wurden noch eine große Reihe anderer Gegenstände genannt, mit denen er sich beschäftigen müsse; so insbesondere die produktive Erwerbslostenfürsorge, die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Revision des Gemeindeprogramms. Man sah davon ab, hierfür besondere Tagesordnungspunkte einzusetzen, da die Zeit des Parteitag ohnehin stark belastet erscheint. Es soll im Rahmen der anderen Beratungsgegenstände ausreichende Möglichkeit geschaffen werden, auch auf diese Fragen einzugehen.

Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Der Parteiausschuß wird voraussichtlich unmittelbar vor dem Parteitag in Kassel selbst noch einmal zusammentreten.

Partei-Konferenz des 4. Kreises

f. Am Sonntag, 22. August, fand in Offenbach eine Parteikonferenz des 4. Badischen Kreises statt. Vertreter waren 17 Mitgliedschaften durch 45 Delegierte, vom Bezirksvorstande war Gen. Strobel-Mannheim anwesend, außerdem wohnten die Gen. Oskar Ged. Mannheim und Oskar Trinks-Karlsruhe der Konferenz als Gäste bei. Die Konferenz hatte eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst gab der Kreissekretär Gen. Raffendorf einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Partei im Kreise wäh-

Hegel

Zu seinem 150. Geburtstag

Von R. G. Hebler.

Hegel ist Abfluß einer der gewaltigsten Zeiten deutscher Geistesgeschichte; Krönung einer philosophischen Entwicklung, die mit Kant einsetzte und dem klassizistischen Idealismus seine Form als System gab. Aber er ist zugleich noch mehr als Abschluß und Krönung: er ist Grundlage eines kommenden, Neuenstehenden, Wirkung in Zukunft, wie sie nie einem Philosophen und seinem System beschieden war. Denn auf seiner Philosophie baut sich der marxistische Sozialismus auf und damit die Entwicklung des Proletariats zu einem politischen Faktor allerersten Ranges. Es ist darum Pflicht eines sozialdemokratischen Volkes, an jenem 150. Geburtstag seiner und seiner Arbeit zu gedenken.

Hegel stammte aus Stuttgart, besuchte dort das Gymnasium, studierte in Tübingen als Schüler Theologie, lebte dann einige Jahre in Bern und Frankfurt als Hauslehrer, habilitierte sich als Philosoph an der Universität Jena, wurde dann Rektor des Hünzberger Gymnasiums; 1817 ist er Professor in Heidelberg; ein Jahr später Professor in Berlin, bis zu seinem Tode am 14. November 1831. Mit diesen wenigen Worten ist sein äußeres Leben fast geschildert; sein Wert und seine Wirkung liegt ganz an seiner Philosophie.

Um die geschichtliche Bedeutung Hegels ganz zu würdigen, müßte man allerdings in eine Untersuchung einsteigen über die vorantike Philosophie und insbesondere über die Revolutionierung der grundlegenden Begriffe philosophischen Denkens durch Kant. Man müßte ferner die Weiterführung dieser Fragen durch Fichte, Schelling und Schleiermacher genauer herausstellen; aber alles das würde hier zu weit führen. Aber eine knappe Darstellung dieser Entwicklung isten will, der greife zu Hegels „Geschichte der Sozialdemokratie“.

Die geschichtliche Bedeutung Hegels Arbeit hat Friedrich Engels knapp und kurz folgendermaßen zusammengefaßt: „Hegel Abfluß fand die neuere deutsche Philosophie im Hegelschen System, worin zum erstenmal — und das ist sein großes Verdienst — die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d. h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen dargestellt und der Versuch gemacht wurde, den inneren Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen.“ Damit hatte vor allem die Geschichtsphilosophie den Gedanken der Entwicklung in sich aufgenommen, längst bevor die spätere, allerdings viel stärker und anschaulicher auftretende biologische Entwicklungstheorie Darwins und seiner Nachfolger auch auf dem Gebiet der Geschichtsforschung sich bemerkbar machten. Vor allem aber hat die

gegenseitige Art der Geschichtsbeziehung, die dialektische Methode, seine Logik, eine ungeheure Wirkung auf den Entwicklungsweg gehabt. Weniger in seiner Zeit und im unmittelbarer philosophischer Sinn selbst, denn die Werke Hegels sind in einem Deutsch geschrieben, das es den meisten unmöglich macht, ihn folgen zu können, wenn sie nicht Zeit haben, seine Bücher im wahren Sinne des Wortes zu studieren. Vielmehr hat seine Dialektik dadurch ihre geradezu weltumstürzende Rolle erhalten, daß sie von Marx übernommen und aus dem Bereich der philosophischen Betrachtung in das Reich des Wirklichen übertragen wurde. Hegel hatte erdacht, daß die bisher geltenden logischen (denkgesetzmäßigen) Gesetze nicht mehr dem Weltbild entsprechen, das sich „entwickelt“ hatte. Instelle der alten starren Logik, die der alten starren Weltanschauung entsprach: als seien alle Dinge, so wie sie sind, von Urbeginn her so geschaffen, galt es eine Gesetzmäßigkeit des Denkens aufzufinden, die es gestattete, den Gedanken der Entwicklung als etwas logisches mitzubeziehen. Dies war um so notwendiger, als man immer mehr ein sah, daß Denken und Sein, Vernunft und Welt zwei in Grunde gleiche, identische Begriffe seien, wobei man dann dazu gelangen mußte, daß die Entwicklung der Vernunft zugleich die Entwicklung des Seins sein müßte und umgekehrt: also daß jede höhere Stufe der Vernunft, geschaffen durch höhere Erziehung, zugleich einer Erhöhung der Welt, letzten Endes des Geistes, des Absoluten, Gottes ist. Um aber dies alles geschäftig begründen zu können, mußte Hegel mit der alten Logik ankommen und an die Stelle der alten starren Identitätslehre, wonach jedes Ding nur sich selbst gleich sein könne, es also keinen Widerspruch gebe, die Behauptung setzen: erst durch den Widerspruch wird Entwicklung. Jedes Ding, jeder Begriff existiert nur durch seinen Widerspruch. Er nennt dies die Negation des Positiven. Ueber diese Negation und aus ihr heraus muß aber eine neue Negation sich entwickeln, die dann zu einem Höheren, zu einem Neuen, organisch entwickelteren führt; das ist dann die „Negation der Negation“, die Synthese.

Damit hat Hegel nicht nur eine neue Logik geschaffen; unendlich viel mehr: er hat Marx damit die philosophischen Grundlagen zur Lehre vom Klassenkampf gegeben. Aber das ist nicht das einzige, was der Sozialismus Hegel verdankt. Die Wurzel der Zusammenhänge zwischen Hegel und dem Sozialismus liegen noch tiefer. Während die vorantike Philosophie sich wesentlich an das Sein und damit an die sinnliche Erziehungswelt gehalten hatte, nicht aber inbunde war, ein Absolutes festzustellen und dies notwendigerweise dann der sinnlichen Offenbarung überlassen mußte, so daß nicht die Philosophie, sondern die Theologie das letzte Wort hatte, gelang es Hegel, eine Erkenntnis des Absoluten, unabhängig von religiöser Offenbarung und sinnlicher Erfahrungswelt, durchzuführen. Kant schuf ein abso-

lutes Sittengesetz, den bekannten kategorischen Imperativ. Hegel ging hier nun weiter und kam zu dem Ergebnis, daß das Absolute, das Ursprüngliche nicht ein festes, beharrendes Sein, sondern eine Tätigkeit, ein Werden ist. Dieses Werden ist Geist und seine Entwicklung ist ein Freiheitsprozeß, der sich im Menschlichen, als dem Träger dieses Werdens, vollzieht. Hegel hat nun in seiner Logik die sich im Denken selbst erkennende Freiheit theoretisch nachgewiesen und dann von dieser erkenntnistheoretischen Grundlage aus seine ganze Geschichtsphilosophie gestaltet. Damit hat er der Geschichte ein vernünftiges Ziel gesetzt, dem sie entgegengehen muß, zu dem sich der Träger der Geschichte, die Menschheit entwickeln muß. Das Wesentliche ist nun, daß Hegel als Endziel dieser Entwicklung des objektiven Geistes, des Absoluten, also Gottes sieht: „eine zweite Welt, eine zweite Schöpfung, die ihre endlich gefundene und in sich abgeschlossene Ordnung jetzt in sich auslebt.“ Gemeint ist hiermit die Vergemeinschaftung aller Menschen und Völker. So führt die Hegelsche Philosophie zum Sozialismus als dem Endweil des Absoluten. Freiheit: von Sozialismus im modernen Sinne ist hier noch nicht die Rede. Dafür war Hegel zu sehr Intellektualphilosoph und seine Philosophie zu nahe am reinen klassizistischen Idealismus, obwohl, wie wir oben gesehen haben, in seiner Dialektik die Grundlagen des historischen Materialismus stecken. Die Weiterführung der Hegelschen Philosophie geschah deshalb auch durch die linkshegelianer, vor allem durch den zu ihnen gehörenden Karl Marx. Marx ist stets, auch als Nationalökonom und Kommunist, hegelianer geblieben; seine Methode ist die dialektische Hegels und auf Hegels Geschichtsphilosophie baut er auf — freilich gemäßigtermaßen vom anderen Ende her. Sein Freiheitsbegriff war ein wesentlich praktischer, wie auch sein Idealismus ein wesentlich praktischer ist, weshalb man ihn „materialistisch“ nannte. Aber nie hat sich Marx gescheut zuzugeben, daß er von Hegel herkam und einmal auch in drastischer Weise sein Verhältnis zur Hegelschen Philosophie folgendermaßen bekannt: „Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in seiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bezeichnungen zuerst in umfänglicher und bewunderter Weise darstellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken!“

Aber nicht nur geschichtlich hat uns Hegel sehr viel zu sagen. Es hat heute den Anschein, als könne man in weiten Kreisen, durch die Entwicklung unserer Zeit gedrängt, wieder zu Hegel zurück. Sehr bald nach seinem Tode mußte, im Zusammenhang mit dem Auftreten des Liberalismus, des Mandarinerismus, der ganzen naturalistischen und individualistischen Einstellung des 19. Jahrhunderts, eine Geschichtsphilosophie wie die Hegels verfallen werden. Sein Ideal eines Staates, der als solcher die Freiheit, die „Vernunft“, vertret-

rend der letzten Reichstagswahl. In diesen Bericht schloß sich eine längere Aussprache an. Die Tätigkeit der Kreisleitung wurde nicht beanstandet. — Der Geschäfts- und Kassenbericht vom verflorenen Geschäftsjahr fand ebenfalls Zustimmung. — Bei Punkt 3 der Tagesordnung: Neueinteilung des Kreises, wurde auch die Sekretariatsfrage gründlich besprochen. Nach der durch den Bad. Landtag vorgesehene Einteilung würde der Bezirk Triberg zum 1. Kreis fallen, die Bezirke Narsiat und Baden jedoch mit Offenburg vereinigt werden. Da die Mitgliedschaften dieser beiden Bezirke jedoch auch weiterhin dem Agitationsbezirk Karlsruhe angeschlossen bleiben wollen, schlägt der Bezirksvorstand im Interesse einer zweckmäßigen Agitation die Zusammenlegung der beiden Sekretariate in Karlsruhe und Offenburg vor. Da die Delegierten jedoch befürchten, daß dadurch Nachteile für die Parteibewegung in Offenburg eintreten, so wird der Kreisvorstand beauftragt, mit dem Bezirksvorstand Verhandlungen zu führen, damit eine Benachteiligung des Kreises durch diese Neueinteilung vermieden wird. Einer in längstens 4 Wochen tagenden außerordentlichen Konferenz sollen neue Vorschläge unterbreitet werden. In anschließender Weise wurde sodann die Agitation für das kommende Winterhalbjahr besprochen. Ein Antrag der Mitgliedschaft Offenburg, einen Kursus für Berichtserstattung in nächster Zeit zu veranstalten, fand allseitige Zustimmung und wurde dem Kreisvorstand zur Erledigung überwiesen. Zu dem im Oktober in Kassel stattfindenden Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei wählen die Kreise Freiburg und Offenburg gemeinsam einen Delegierten. Als Kandidat des Offenburg Kreises wurde Gen. Passendorf vorgeschlagen. Gen. Ostler sprach sodann in einflussreicher Weise über die politische Lage und forderte zu reger Mitarbeit in der Partei auf. Reichlich Beifall lohnte die klaren Ausführungen dieses Redners. Mit dem Appell an die Delegierten, im Sinne der gegebenen Anregungen in ihren Vereinen zu wirken, konnte der Vorsitzende die gutverlaufene Konferenz schließen.

Aus dem Lande

Manheim, 25. Aug. Da die Arbeiter der Chemischen Fabrik Dr. Raschig in Ludwigshafen a. R. auf ihrer Begehrung bestehen, sich die Steuer am Lohn abgeben zu lassen, hat die Fabrikleitung in einer Bekanntmachung erklärt, daß sie den gesamten Betrieb schließen werde. Den Arbeitern wurde ausnahmslos gekündigt. Die Fabrikleitung hat sich weiter bereit erklärt, jene Arbeiter wieder einzustellen, die sich verpflichten, den gesetzlichen Steuerabzug anzunehmen.

Vertreterversammlung des Bad. Beamtenbundes.

Im Karlsruher Rathausaal hat dieser Tage die diesjährige Vertreterversammlung des Bad. Beamtenbundes unter überaus starker Beteiligung aus dem ganzen Lande stattgefunden. Die zweitägigen Verhandlungen wurden von dem stellv. Vorsitzenden Verbandsdirektor Weiler geleitet. Aus dem vom Hauptgeschäftsführer Dr. Böllner erstatteten Jahresbericht geht hervor, daß der Bund im abgelaufenen Jahr eine reichhaltige Tätigkeit entfaltet hat, die vielfach von schönen Erfolgen namentlich in Bezug auf die Beamtengesetzgebung, die Regelung der Dienstzeit usw. begleitet war. Auf Schluß des vorigen Jahres gehörten dem Bad. Beamtenbund 116 Vereine mit 8486 Mitgliedern an. Einen besonders breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Organisationsfrage ein. Für den gewerkschaftlichen Ausbau fand sich vorerst noch keine Mehrheit, doch herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die vielen kleinen Vereine, die hauptsächlich für die unteren Beamten bestehen in größere Vereine zusammengelegt werden sollten. Ein unter Leitung des Bundesvorsitzenden gebildeter besonderer Ausschuss wird zur Vereinfachung der Organisationen in Wäde seine Arbeiten aufnehmen. Nach den vom Deutschen Beamtenbund aufgestellten Richtlinien umfaßt dieser die Organisationen der Reichs- und preussischen Beamten sowie die Landesverbände. Den letzteren dagegen sind nur noch die Landes- und Kreisverbände anzuschließen. Bei den Vorstandswahlen wurde Herr Meißner Ost zum 1. Verwaltungsssekretär S. Schäfer zum 2. und Oberamtsrichter Dr. Schöll zum 3. Vorsitzenden gewählt. Der von der Leitung zurückgetretene bisherige 1. Vorsitzende Betriebsinspektor Trautmann dem Dr. Schöll für seine verdienstvolle Tätigkeit den Dank des Bundes aussprach, wurde in Anerkennung seiner Verdienste zum ständigen Vorsitzenden gewählt.

Vom Preisabbau

Skandalöses von der Obstwirtschaft

Aus dem Murgal wird uns geschrieben: Es ist ein Skandal, wenn man das Treiben der Obsthändler im Industriebezirk Gaggenau und noch darüber hinaus tagtäglich mit ansehen muß, wobei die Gemeinden noch Helfersdienste leisten, indem den Händlern die Ortsstelle zur Verfügung gestellt wird. Da werden die Obstbesitzer aufgemuntert, ihr noch grünes unausgereiftes Obst von den Bäumen zu reihen und diesen Obsthändlern zu verkaufen. Wenn ein Arbeiter oder Angestellter zu den Landwirten kommt und möchte sich für die Kinder oder für den Mittagstisch einige Pfund Obst kaufen, so heißt es: Pfundweise verkaufen wir nicht, die Händler kaufen es Zentnerweise und zahlen es gut. Wie kann sich das heute ein Arbeiter oder kleinerer Beamter erlauben, nur weil es den Obstbesitzern so paßt, Zentnerweise das Obst zu kaufen. Ist das Nächstenliebe oder das Verständnis

pert und das ist nicht ein liberales, sondern ein sozialistischer Staat, da für Regel Freiheit nicht ein persönlicher, sondern ein sozialer Begriff ist — dieser Idealstaat stand im schroffsten Widerspruch zur Freiheitsidee, wie sie Liberalismus und Kapitalismus vertreten. Es ist klar, daß heute durch das stärkere Eindringen sozialistischer Ideen in die Staats- und Gesellschaftslehre wie in ihren Willen die Hegelsche Philosophie neuen Boden gewinnen muß. Und dies ist die Philosophie als einer vorwiegend idealistischen sich als eine „Negation“ des marxistischen Materialismus im Sinne der hegel-marxistischen Dialektik erweist, und dann hieraus jene, im Unterbewußtsein unserer Zeit so deutlich zu empfindende Synthese sich entwickelt, die über Hegel und Marx hinaus, beide in einer höheren organischen Einheit zusammenfassend, die Möglichkeit schafft, die Revolution unserer Zeit zu Ende zu führen. Anfälle hierzu scheinen von den verschiedensten Seiten her bereits da zu sein.

In diesem Sinne sollten wir den 150. Geburtstag des großen Philosophen feiern und auswirken lassen, indem wir nicht bei ihm stehen bleiben, sondern aus jener marxistischen „Negation“ der umgestülpten Hegelschen Philosophie eben so wie aus dem idealistischen Staatsideal Hegels heraus, über These und Antithese zur Synthese schreiten und damit die Idee unserer Zeit enden und sie als Wille und Antrieb in die gährenden Massen werfen: das scheint mir das tiefste Problem der Gegenwart und ihre Aufgabe zu sein. In dieser Dialektik, deren äußere Seiten sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands so besonders stark widerspiegeln, entwickelt sich der Kern der deutschen Sendung oder, um es mit dem berühmten, prophetischen, nun hundert Jahre alten Worten Hegels selbst zu sagen: „Der germanische Geist ist der Geist der neuen Welt, deren Zweck die Realisierung der absoluten Wahrheit als der unendlichen Selbstbestimmung der Freiheit ist, der Freiheit, die ihre absolute Form selbst zum Inhalte hat.“

für die bedrängte Lage, in dem sich der Kopf- und Sanitärarbeiterstand befindet? Dann werden Preise von den Händlern geboten, wie z. B. für die halbgroßen Spätweinschen 65 Pfennig das Pfund. Was sollt dieses Obst, bis es an den Konsumenten kommt? Man wundere sich nicht, wenn da die Arbeiterchaft des Murgales in der nächsten Zeit zur Selbsthilfe greift, und die Herren Händler, die das Obst in die Marmeladenfabriken nach Hamburg verschicken und dabei Zehntausende von Mark auf Kosten des gutmütig zusehenden Konsumenten an der wertvollen Bevölkerung verdienen, zum Teufel peilschen. Einzig und allein Schuld trägt die Profitgier der Obstbesitzer, Händler und Gemeindeführer, die, wie schon angeführt, den Herren Helfersdiensten leisten.

Was sagt die Regierung dazu, daß, bevor der Bedarf der einheimischen Bevölkerung an Obst gedeckt ist, Obstschieber die norddeutschen Marmeladenfabriken beliefern und dabei die Preise ins Unermessliche steigern und unerhörte Gewinne einfahren. Sofortige Abhilfe ist dringend notwendig. Es ist Gefahr im Verzug.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 27. August.

Courage hinterher

Die Staatskanzlei, meistens gabme Denker, Die untern Kaiserium voll Sorge schwingen, Ihr Keimchen oder Wändchen nicht zu kriegen, Gemerist du häufig jeht als wilde Bänler. Ihr Keimchen und Wändchenreiter! Was kommt ihr jeht aufs Forum hergestiegen, Dem selbstbestreiten Volk im Ohr zu liegen Mit unerbittlichem Mut? Schert euch zum Denker! So lange es Ruhs bedurft, vor den Thronen Des Volkes Sache mannhaltig zu vertreten, Hat niemand euch am Rednerpult gesehen; Vermoht ihr zu euren Feuerreden Mit Gut und Leben früher nicht zu stehen, So wolle uns auch jeht damit versehen! Ferdinand Madlinger.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

In unserer Mitteilung in der Nummer vom Mittwoch über die Adressen der Bezirksobleute und Bezirkskassierer befinden sich einige Unrichtigkeiten bezüglich der Namen und Adressen; außerdem fehlt die Angabe über Ruppurr. Wir lassen deshalb heute nochmals Namen und Adressen der Obleute und Kassierer folgen:

- Mittstadt. Obmann: Rud. Reumeyer, Kaiserstr. 78, S. 4. St. Bezirkskassierer: G. Reinfried, Duracherstr. 81.
- Mittelsstadt. Obmann: G. Deitinger, Kirchg. 65, Bezirkskassierer: Dr. Gahl, Waldstr. 85 S. 8. St.
- Südstadt. Obmann: Frz. Wehler, Ruppurrerstr. 22 2. St. Bezirkskassierer: G. Krüger, Luitensstr. 46 4. St.
- Südweststadt. Obmann: G. Wolf, Bochstr. 32 4. St. Bezirkskassierer: Karl Becker, Moonstr. 51 2. St.
- Oststadt. Obmann: Fr. Stoll, Rudolfstr. 24 4. St. Bezirkskassierer: Hans Rabner, Duracher Allee 24 4. St.
- Weststadt. Obmann: K. Reitenmann, Gerantenstr. 24, Bezirkskassierer: Georg Greb, Solmsstr. 88 1. St.
- Westheim. Obmann: V. Müller, Maria-Alexandrastr. 22, Bezirkskassierer: J. Wächter, Gebhardstr. 45.
- Durlanden. Obmann: G. Müller-Würk, Römerstr. 2, Bezirkskassierer: Hermann Rutterer, Langenederstr. 19.
- Grünwinkel. Obmann u. Bezirkskassierer: Rudolf Bantle, Durmersheimerstr. 15 1. St.
- Mühlburg. Obmann: Max Hertel, Bachstr. 45, Bezirkskassierer: R. Koch, Philppstr. 19 2. St.
- Mittelsheim. Obmann: Friedr. Wörner, Ernststr. 43, Bezirkskassierer: Karl Schäufele, Hauptstr. 88.
- Ruppurr. Obmann: G. Höhn, Gartenstadt, Alsterweg 21, Bezirkskassierer: W. R. Gartenstadt, Alsterweg. Die Adresse des Hauptkassierers ist: Hermann Lang, Kaiserstr. 46.

Der Vorstand: G. Schwerdt, Wilhelmstr. 76.

Hafersloden zur Brotstreckung

Wie verlangt, beschließen die Ernährungsbehörden im kommenden Wirtschaftsjahr eine planmäßige Streckung des Brotmehls durch Zusatz eines mäßigen Prozentsatzes von präparierten Hafersloden, da unsere heimische Ernte nicht ausreicht, um die volle Versorgung der Bevölkerung mit Brot aus Weizen und Roggen zu gewährleisten. Die Heranziehung des Hafers zur Brotstreckung ist ganz besonders insofern zu befürworten, als die Getreideart in Deutschland in ausreicher Menge erzeugt wird.

Baderfische mit Hafersloden sollen außerordentlich günstige Resultate ergeben haben. Infolge des hohen Nährwertes der Fische soll im Gegenatz zu den bisher verwendeten mancherlei anderen Streckungsmitteln eine Dualitäts- und Gesundheitsverbesserung des Brotes erzielt werden. Die außerordentlich schlechten Resultate, welche man mit Haferslodenmehl, wie es in den letzten Monaten verwendet worden ist, erzielt hat, ist bei der Verwendung von Hafersloden ausgeschlossen, da es sich bei diesem Produkt um ein in Spezialfabriken hergestelltes aufgeschlossenes Nahrungsmittel von hervorragender Güte handelt.

Wenn sich der Zusatz von Hafersloden zum Brotmehl verwirklichen läßt, könnte eine riesige Summe Geld dem Reich erspart werden, weil dann entsprechend weniger Weizen aus dem Ausland eingeführt werden müßte. In Sachreisen wird die Erparnis auf ungefähr eine Milliarde Mark beziffert.

(Ob die Verheirathungen bezüglich der Dualitätsverbesserung eintreffen, ist abzuwarten. Man ist mit der Zeit etwas pessimistisch geworden. Es sind uns während des Krieges schon so viele Plänen mit Streckmitteln vorgemacht worden, daß man auf derartige Zusicherungen nicht mehr so leicht hereinfällt. Jedenfalls kann man nicht begreifen, daß zu einer Zeit, wo solche Gewaltmaßnahmen vor der Tür stehen, die Bäder Bröchen und Kuchen für die Wohlhabenden baden wollen. Die Red.)

Vom und nach dem Heuberg

Am Abend des 16. August sind die vom Badischen Frauenverein am 17. Juli nach dem Heuberg verbrachten Kinder wohlbehalten wieder in das Elternhaus zurückgekehrt. Alle Zurückgekehrten waren ihren zum Empfang erschienenen Angehörigen gegenüber voll des Lobes und der Anerkennung über die gute und ausreichende Verpflegung, die liebevolle Behandlung und die zweckmäßige Unterbringung und die der Mädchen Frauen sich schon heute wieder auf die Wiederholung der Kur im nächsten Jahr. Gemäß ein gutes Zeugnis für das im Interesse unserer Jugend geschaffene Heubergunternehmen. Der 2. Transport erholungsbedürftiger Mädchen der Frauenvereins des Badischen Frauenvereins (diesmal waren es Mädchen im Alter von 6 bis 13 Jahren) wurde am 18. ds. Mts. nach dem Heuberg geleitet. In zwei Abteilungen erreichten die Kinder ihr Ziel. Während die Mädchen aus dem Oberlande und der Seegegend in den um 5 Uhr früh von Karlsruhe über den Schwarzwald gehenden Verbindung von den Schwestern unterwegs gesammelt wurden, wurden die Kinder des Unterlandes mit den verschiedenen Frühgruppen nach Karlsruhe geleitet und verließen Karlsruhe, nachdem sie durch ein warmes Frühstück gestärkt waren mit dem Personenzug 8.10 Uhr vormittags. Nach herrlicher Fahrt durch den Schwarzwald und das Donaatal kamen die Kinder um 8 Uhr

begn, um 7 Uhr in Biergarten an. Hier standen jeweils Wagen bereit, die das Gepäd und schwächliche Kinder nach dem Heuberg brachten. Die übrigen Kinder erreichten ihr Heim durch erfrischenden Pflanzmarf. Den Partee ihrer das bereit gestellte Abendbrot, das allen Mädchen vorzüglich mundete. Das übrige dieser zweiten Abteilung sich wieder fünf Mädchen der eben zurückgekehrten Abteilung für weitere drei Wochen angeschlossen, dürfte den guten Ruf des Unternehmens bestätigen und die Eltern, die etwa noch aufgrund unwahrer Gerüchte Urteile gegen den Heuberg haben, davon überzeugen, daß der Standpunkt nicht der richtige sein kann.

Sozialdemokratischer Verein. — Bezirk Mühlburg. Monatsabend Versammlung im „Sitz“ (Hartstraße). Referent: Frau Müller-Karlsruhe. Vollständiges Erscheinen der Frauen und Genossinnen wird erwartet.

Achtung! Alle Kinder, die sich zum Neigen beim Schlußausflug der Ferienpostergänge angemeldet haben, wollen sich am 28. August um 7 Uhr auf dem Spielplatz einstellen. Die Kinderchutzkommission.

Weitere Gaben für die Kinderchutzkommission gingen ein: Ungenannt 5 M., Verband der Köpfer 20 M., Gen. Balan 3 M., Gen. Speck 3 M., Gen. Nüder 25 M., Verband der Hausangestellten 20 M., Badermeister Bähler 30 M., Nachlaß an Limonade Gen. Reich 10 M., Gen. W. 20 M., Bauarbeiterverband 100 M., Arbeiterchaft der Färberet Prinz 52,90 M., Ungenannt 10 M., Ungenannt 25 M., Holzarbeiterverband (2. Rate) 50 M., Gen. Krüger 10 M., Verband der Rüter 44 M., Sammelliste Nr. 19 (Fr. Kraus) 88 M., Unbekannt 5 M., Gen. R. 10 M., Badermeister Ambulster (2. Rate) 20 M., Verband der Buch- und Steindruckerei-Selbstarbeiter 30 M., Firma E. u. R. 4 M., Marmelade, Kaiserautomat 300 Lebkuchen, W. Kerei Zug. 20 M., Löwe 5 M., Verband der Porzellanarbeiter 20 M., Sammelliste Nr. 55 (Frau Wehl) 71,50 M., Eine dankbare Leserin 10 M., Badermeister Altmair 58 M., wofür dankend quittiert Frau Stoll, Rudolfstr. 24.

Weitere Gaben werden entgegengenommen: Expedition des „Volkstums“, Luitensstr. 24, sowie bei den Frauen: Stoll, Rudolfstr. 24, Fischer, Morgenstr. 24, Schwarz, Schillerstr. 10, Günther, Schillerstr. 25, Graf, Blumenstr. 8, Herbstreich, Kochstr. 16, Eßborn, Duracherstr. 14, Gerz, Bachstraße 48.

Mehl und Brot. In letzter Zeit gehen uns mehrfach Beschwerden über ungleiche Beschaffenheit des vielfach von den Bäckern gelieferten Brotes und Mehles zu. Während man bei einem Bäckern gutes, ziemlich weiches Brot bekommt, ist es beim andern Bäckern schwarz und in seiner Beschaffenheit dem früheren Kriegsbrot ähnlich. Ebenso verhält es sich beim Mehl. Gestern zeigte uns ein Leser unseres Blattes zwei Düten Haushaltmehl von verschiedenen Bäckern, das eine weiß und fein, das andere grobkörnig, dunkel und stark mit Kleie durchsetzt. Woher kommt das? Die Bäder sagen: „So wird es geliefert!“ und auf dem Kommunalverband wird behauptet: „Das Mehl kommt von verschiedenen Mühlen!“ Das mag gewiß zutreffen und man kann nicht ohne weiteres den betreffenden Bäckern unlautere Manipulationen zum Vorwurf machen, ohne Beweise zu haben. Aber warum wird nicht einfach das Mehl gemischt ehe man es den Bäckern gibt? Dann bekämen alle ein besseres Brot und die Möglichkeit, das bessere Mehl für die „gute Kundschaft“ zu reservieren oder zu kaufen und Bräuten zu verkaufen, ist unterbunden. Wenn es nicht anders geht, sind dann alle Bäder ehrlich und nicht nur ein Teil derselben.

Gartenfest der Typographen. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Buchdrucker-Gewerkschaft Typographen im „Alten Krug“ ein Gartenfest mit Vokal- und Instrumental-Konzert und Ball. Beginn 8 Uhr. Für Unterhaltungsstücke und Kinderbelustigung ist Sorge getragen. Bei schlechter Witterung im Saal.

Sportfreizeit-Veranstaltung. Man schreibt uns: Die in hiesigen Sportfreizeit sehr gut bekannte Karlsruher Athleten-Gesellschaft veranstaltet, wie aus dem Programm ersichtlich, am Sonntag wie alljährlich eine große hiesige Vorkampfung, deren Besuch nur empfohlen werden kann, da die Athleten-Gesellschaft auch außer der Vorkampfung zur Unterhaltung noch genügend Zeit zu einem Tanzchen bietet.

Landestheater. Am Samstag, den 28. August, stellt die Fräulein Lilly Badelke erstmalig dem Publikum als Köchle in Meyer-Hörners Schauspiel „Alte-Heidelberg“ vor. Die übrige Besetzung bleibt dieselbe wie im vorigen Jahre. In den Vorstellungen von Jarno Operette „Das Nussantennmännchen“ am Sonntag und Montag tritt die Operettensoubrette Fräulein Alma Saccur als „Neel“ gattweise auf. Die Dame ist von ihren früheren Gespielern den hiesigen Operettenfreunden bekannt. Die für die Abende in Aussicht genommene Künstlerin, Frau Müller-Weiß von Wiesbaden, ist ebenfalls unabhänlich, doch wird voraussichtlich das Gespielt später nachgeholt.

Sommerachtsfest im Stadtpark. Der bekannte Operettenkomponist und Kapellmeister Paul Linde aus Berlin wird einem Aufruf der Stadtgartenkommission folgend, nächsten Sonntag, 29. Aug., nachmittags von 4—7 Uhr ein großes Sommerkonzert im Stadtpark — bei ungünstiger Witterung in der Festhalle — unter Mitwirkung des berühmten Streichorchesters des Musikvereins harmonisch ausführen. Die Veranstaltung verspricht hohen künstlerischen Genuß und dürfte sich lebhaften Zuspruchs erfreuen. Außerdem ist es der Stadtgartenkommission gelungen, Herrn Linde zur Leitung eines am gleichen Tage abends von 7—12 Uhr in der Festhalle geplanten Sommerabendsalles anzuwerben. Er hat ein Meister der leichtschwingenden Tanzmelodien, hierfür ein ausserordentliches Programm aufgestellt, das alle Jünger der Tanzkunst, auch die älteren, voll befriedigen dürfte. In die Listen des Tanzprogramms schieben sich bunte Reihen hervorragender solistischer Darbietungen feineren labortätigen Stiles ein. Namen von gutem Klang sind, die hier für dieses Ereignis beitragen: Fräulein Maria Engel, Schauspielerin (Nieder zur Laute, heitere Vorträge), Herr Hofschamplinger Paul Müller (humoristische Vorträge), Frau Olga Leger-Wertens, Tanzkünstlerin, Fräulein Heuser, Solotänzerin, und Herr Allogri, der mit seinen Kunstgenossen neuere und ältere Meisterstücke zur Darstellung bringen wird. Für Konzert und Ball werden getrennte Eintrittspreise erhoben.

Todesfall. Hier starb im 83. Lebensjahr Geh. Rat Dr. H. Dier. Er war 1861 zum Richter gewählt worden, aber 1864 in den badiischen Schuldienst getreten. 1869 wurde er Professor am Gymnasium in Nassau, später Direktor des Lehrerseminars in Eßlingen, dann Gymnasialdirektor in Nassau. 1894 wurde er in den Oberbürgeramt und nach dessen Aufhebung in das Unterrichtsministerium berufen, dem er bis zu seiner Zuruücksetzung im Jahre 1914 angehörte. In allen diesen Amtsstellen bewährte sich Dr. Dier als einer der verdienstvollsten Schulmänner unseres Landes.

Diebstähle. Am 25. und 26. d. M. wurden fünf Polizeibericht vom 27. August in verschiedenen Gegenden hiesiger Stadt durch unbekannt Täter 6 Fahrräder entwendet. Außerdem wurden gestern nachmittags am Hauptbahnhof hier beim Einsteigen in einen 2. Zug auf Bahnsteig 4 zwei Reisenden ihre Wertgegenstände mit 400 M. bzw. 100 M. Inhalt durch einen Unbekannten gestohlen. — Verhaftet wurden: Eine Dienstmagd aus St. Amarin wegen Diebstahls von Kleidungsstücken im Werte von 7000 Mark. Ferner wurden festgenommen: 9 Personen, Rangierer, Schirrmanne wegen Diebstahls am hiesigen Güterbahnhof, ein 20 Jahre alter Kaufmann aus Hamburg, ein 20 Jahre alter Maschinenführer aus Berlin, die Brillantlinge am Bahnhof hatten, über deren Herkunft sie sich nicht ausweisen konnten.

Seite 4
jeweils Wagen
nach dem Lager
ihre Heim durch
berett gestellt
te. Das über
Wochen an
mens befähigen
Verträge vor
gen, daß sie

Wirksamer Fried. Ein Kölner Bürger suchte lange eine neue Wohnung. Alle seine Bemühungen waren vergebens. Schließlich verließ er auf einen Fried. Er annanzierte: „Amerikaner sucht leere Wohnung“. Der „Amerikaner“ war. Während dem Landsmann nicht eine einzige Wohnung zur Verfügung stand, wurden dem „Amerikaner“ auf der Stelle zehn leere Wohnungen angeboten, die dem Wohnungssamt zur weiteren liebevollen Behandlung angegeben wurden.

Jugend und Sport.

8. Bezirksturnfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 3. Bezirk.

Alle Vorbereitungen zu einem würdigen und eindrucksvollen Verlaufe des Bezirksturnfestes in Weingarten am kommenden Sonntag sind getroffen. Der Turnverein Weingarten, der anlässlich des Festes auch sein 40jähriges Stiftungsfest feiert, hat keine Mühe und Opfer gescheut, um den zu erwartenden Gästen den Aufenthalt so gemühtlich wie möglich zu machen. Das Turnfest nimmt Samstagabend mit dem Empfang auswärtiger Vereine, einer Kampfrichterziehung und einem um 8 Uhr beginnenden Festbankett im Saale der Festhalle seinen Anfang. Am Sonntag in der Frühe um 6 Uhr beginnt das Einzel-Wertungsturnen, um 7 Uhr das Vereins- und Wertungsturnen; um 9 Uhr findet ein Festzug durch die Straßen Weingartens nach dem Festplatz statt, wo selbst dann große turnerische Vorführungen stattfinden, die einen lebendigen Überblick über das turnerische Können und Arbeiten im Arbeiter-Turn- und Sportbund geben sollen. Es werden Massen-Freilübungen vorgeführt, Barrenturnen der Turnmänner, Freilübungen der Schüler, Wettspiele, Kürübungen und allgemeine Spiele. Um 6 Uhr abends werden die Ergebnisse am Wertungsturnen veröffentlicht. Am Abend findet sodann ein Festbankett statt. Am Montag findet das Fest durch allgemeine Volksbelustigungen auf dem Festplatz seinen Abschluß. Den Kernpunkt des Programms, seinen Hauptteil bildet also die turnerische Arbeit. Die Turngenossen und Turngenossinnen des 8. Bezirks werden im edlen Wettstreit ihre Kräfte messen, werden Proben ablegen ihres turnerischen Könnens, ihrer körperlichen, sportlichen Tüchtigkeit. Wird so das Fest noch innen hin eine Probe sein der Leistungsfähigkeit des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes, so muß es aber auch nach außen hin als Massenaufbebung der freizeithilflichen Arbeiterbewegung wirken. Vollständige Teilnahme aller Bezirksvereine ist deshalb dringende Pflicht; ebenso auch sind die weiteren auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Sportvereine, wie auch die gesamte Arbeiterschaft zu dem Feste eingeladen. Auf zum Bezirks-Turnfest nach Weingarten! Das muß am Sonntag die Lösung sein.

Für die Teilnehmer aus den Orten an der Bahnstrecke Durlach-Forstheim wird am Sonntag abend zur Rückfahrt ein Sonderzug von Weingarten nach Forstheim im Fahrgarten. Der Zug wird Sonntag abend 8.15 Uhr in Weingarten abgehen, auf allen Unterwegsstationen anhalten und um 10.40 Uhr in Forstheim eintreffen. Die Morgen- und Abendzüge werden, soweit Wagen hierzu vorhanden sind, verstärkt werden. Im Interesse der pünktlichen geordneten Abfertigung werden die teilnehmenden Vereine ersucht, die Fahrkarten möglichst frühzeitig und jene für die Rückfahrt auf alle Fälle schon auf den Abgangsstationen bei der Einfahrt zu lösen.

Letzte Nachrichten

Reichschatzminister Kaumer in Baden

Baden, 27. Aug. Die Presseberichte der Bad. Regierung teilt mit: Reichschatzminister v. Kaumer hat am gestrigen Tage vormittags in Begleitung des Staatssekretärs Walther dem badischen Staatspräsidenten einen Besuch abgestattet. Bei diesem Anlaß wurden in mehrfältiger Unterredung Angelegenheiten verschiedener Ressorts erörtert. Den kaiserlichen Vertretern des Ministeriums des Innern, des Reichsschatzministeriums sowie des Ministeriums der Finanzen wurde am Abend Gelegenheit geboten, sich bei dem Staatspräsidenten mit dem Reichschatzminister und den ihn begleitenden Beamten auszusprechen.

Freiwillige Versteigerung.

Montag, den 30. August 1920, vorm. 10 Uhr, werde ich in A.-Mühlburg, Stadstraße 8, gegen bare Zahlung im Auftrag öffentlich veräußern: 2 einsp. Kutschenwagen mit Federn, 1 großer Kastenwagen zweisp., 1 Brau-, 1 Schiffs- u. 10 leichte Wagen mit Federn zu britischen Wagen geeignet, 1 Krankenfahrstuhl, eine große Partie Pferdegeschirre, Kummie und Unterwäsche, 1 Kompl. Sattel, 1 gr. Partie Riemen und Reberzeug für Sattler und Schuster, 20 eiserne Waschkessel, Küren und Fenster, 1 gebr. Karthofboden, 1 große Partie Brennholz und Wammelabfasser, etwa 150 Liter haltend, 300 kg Kohlentee, 180 kg Schwefel, 70 kg Paraffin, 24 Kübelstapfen, 12 Feuerlöcher mit Patronen. 1 gr. Fischkranz, 1 Milderseifeboxe, 2 Federschmieden, 1 gr. Partie Bagendeden und Viehdeden, Ketten, Wagenbescheln und Doppelwagen und sonst noch Verschiedenes. Versteigerung bestimmt.

Karlsruhe, den 26. August 1920.
Huber, Gerichtsvollzieher. 5070

Durlacher Anzeigen.

Verjorgung der minderbemittelten Bevölkerung.

Der Kommunalverband Durlach-Stadt gibt ab: Drillichjaden zum Preise von 21.- M. Drillichjosen zum Preise von 21.- M. Feldgrauer Drell der Meter 11,95 M. Rafi Köper per Meter 6,05 M. Baumwollkammern per Meter 5,30 M. Damen-Trikot-Strümpfen per Stück 20,50 M. Der Verkauf erfolgt durch die hiesigen Geschäfte gegen Bezugschein. Da die vorhandenen Mengen nicht zur Verjorgung sämtlicher Bezugsberechtigten ausreichen, wird ersucht, sich beim Kommunalverband Karlsruher in die Liste eintragen zu lassen, wobei auch Muster der Waren aufzulegen. Die Listen liegen auf: Am Montag, den 30. August, für die Buchstaben A bis mit B. Am Dienstag, den 31. August, für die Buchstaben C bis mit D. In Betracht kommen nur diejenigen Personen, welche noch keine Enten erhalten haben. Der Lebensmittelausweis ist zur Anmeldung mitzubringen.

Von Karlsruhe begibt sich der Reichschatzminister am heutigen Tage nach Buhl, wo in Anwesenheit des Ministerialdirektors Arnold vom Ministerium des Innern, sowie des Regierungsrats Müller als Vertreter des badischen Staatskommissars beim Reichskommissar für die besetzten Rheingebiete Besprechungen mit dem Amtsvorstand und dem Bürgermeister von Buhl über Angelegenheiten des Reichslopfes stattfinden. Auf Veranlassung des Staatspräsidenten werden hierbei verschiedene Bürgermeister besetzter Gemeinden des Amtsbezirks Buhl Gelegenheit haben, dem Reichschatzminister ihre besonderen Wünsche vorzutragen. Am Nachmittag wird der Reichschatzminister in Anwesenheit des bad. Staatspräsidenten unter Führung einiger Beamten des Reichsschatzministeriums das Rurgwerk besichtigen.

Neue Kurven in Oberschlesien

Oppeln, 27. Aug. Die Auslandsbewegung hat nunmehr auf die Kreise Großpolen und Oppeln übergriffen, in denen verschiedene Orte, darunter Malapane von den Ausländern besetzt worden sind. In Dinnelwitz im Kreise Großpolen kam es zu einer längeren Säuberung zwischen Sicherheitspolizei und Aufständischen. Letztere bestanden, wie sich aus Gefangenenaussagen ergibt, aus lauter jungen Burschen von 18 bis 20 Jahren. Der Partei auf Streikabbruch haben die Polen nicht Folge geleistet. Deutsche Arbeitswillige werden an der Arbeit verhindert.

Gestern trafen Haller Soldaten in Bivul ein. Sie wurden von den hier weilenden 500 Flüchtlingen als Bogenschütze erkannt. Zwischen den Haller Soldaten und den Flüchtlingen kam es zu Schlägereien, wobei die französischen Soldaten die Haller Soldaten in Schutz nahmen. Als die Menge den Bahnhof zu stürmen versuchte, zog ein französischer Offizier den Revolver. Es gelang jedoch, den Offizier unter Begleitung mehrerer französischer Soldaten in seine Wohnung zu bringen.

Breslau, 27. Aug. Hier, wo gestern auf dem Schloßplatz eine Demonstration versammelt war, ist in der Pflichtenliste aus Oberschlesien sprachen, kam es nach Schluß der Versammlung zu erregten Vorgängen. Aus Oppeln waren Gerüchte eingetroffen, daß dort bewaffnete Haller Soldaten in Bivul angelangt und seit den Mittagsstunden mit der deutschen Bevölkerung in Kämpfen verwickelt seien. Diese Nachricht verzeigte die Menge in heftige Erregung. Beim Verlassen des Platzes machte sich die Erregung in drohenden Ruf gegen die Polen und gegen die Franzosen Luft. Bistlich erklärte aus der Menge der Ruf: „Wo ist das polnische Konsulat?“ Vor dem Monopolhotel nahm die Menge eine drohende Haltung ein, da sie französische Offiziere in dem Hotel vermutete. Da die Vermutung nicht zutrifft, begaben sich mehrere Truppen halbwegsiger Burschen zum polnischen Konsulat, drangen dort ein und zerstörten die Einrichtung. Die zum Schutze des Konsulats dort stationierten Beamten der Sicherheitswehr waren dem wilden Anbrang der Menge nicht gewachsen. Diese zog dann zu verschiedenen anderen Hotels, in denen sie fremde Offiziere vermutete. Im Hotel „Hüstenhof“, wo die Internierte Kommission ihren Sitz hat, künftete das Vorkommnis in den Gärten. Infolge des schnellen Eingreifens der inzwischen herbeigekommenen Sicherheitspolizei ist es jedoch hier nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen. Leider war jedoch inzwischen derselbe Haufen zum französischen Konsulat gekommen, wo sich ebenfalls die bauernd hier aufgestellte Sicherheitswache dem wilden Anbrang gegenüber als zu schwach erwies. Die Räume wurden zerstört und die Asten auf die Straße geworfen. Der Partei zum Schutze des französischen Konsulats inzwischen entlassenen Truppe gelang es jedoch, den Oberkommandant des französischen Konsulats vor der Zerstörung zu bewahren.

Franzosen und Polen

Berlin, 27. Aug. Wie aus Warschau vertrauenswürdig berichtet wird, besteht dort zwischen den Franzosen und den Polen eine Abmachung, wonach die Inzulagernden unbrauchbare Waffen bei den Franzosen gegen gute Waffen austauschen können.

Verhaftete Straßenräuber

Berlin, 27. Aug. Dem Verh. Sozialangeh. zufolge verhaftete die Kriminalpolizei in Gelsenkirchen gestern zwei von den Käufern, die am Mittwoch in Weddigenhagen 1 1/2 Millionen Mark Raubgelder geraubt und dabei die beiden Transportführer erschossen hatten.

Baluta-Bericht vom 26. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 125 Cts. Auszahlung Holland etwa 15,33 M. per holl. Gulden. Auszahlung Schweiz etwa 7,99 M. per Schweiz. Fr. Auszahlung England etwa 174 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich etwa 3,40 M. per franz. Fr. Auszahlung Newyork etwa 48,5 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 27. August 1920

Unter dem zunehmenden Einfluß des westlichen Hochdruckgebietes liegen gestern in den meisten Gegenden unseres Gebietes die Regenfälle nach, doch blieb eine tiefe, kräftige Wolkenbedeckung bestehen. Die Nachmittagstemperaturen erreichten daher wieder nur 17 bis 18 Grad in der Ebene. Das Westhoch gewinnt immer mehr an Einfluß auf die Bitterung Süddeutschlands. Voraussichtliche Witterung bis Samstag, 28. August, nachts: Zeitweilig heiter, trocken, etwas wärmer.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 183 Btm., gef. 2 Btm., Keßl 287 Btm., gef. 17 Btm., Nagau 435 Btm., gef. 7 Btm., Mannheim 423 Btm.

Schriftleitung: Georg Schüllin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, für Parte, Gerichtszeitung und Heußlein Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Wiedelstein Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Freitag, den 27. August, abends 8 Uhr im „Prinz Ludwig“, Müppurrerstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung. 5067
Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Karlsruhe.) Samstag, 28. August, abends 8 Uhr, Versammlung sämtlicher Mitglieder von Daxlanden im Gasthaus zur „Linde“. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen. 5068 Der Einberufer. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Monatsvers. Gumbelbrunn. Sonntag Abf. 5 Uhr n. Oberal u. Arbeit in Moosbrunn. 5069

Durlach. (Naturfreunde.) Heute Freitag, 27. August, abends punkt 1/8 Uhr, findet im Lokal zum „Goldenen Löwen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Hauptversammlung in Salzburg. Es wird um zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder gebeten. 5071
NB. Die auf den 5. September angeordnete Nachtour wird gewechselt und findet schon am 29. August statt. Abmarsch um 7 Uhr Samstag abend vom Lindenkeller nach Busenbach. Der Obmann.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Heinrich Schüle von Karlsruhe-Müppurr, Maschinengehülfe hier, mit Katharina Ochs von Bruchsal, Emil Berger von hier, Hof-Geiger hier, mit Frieda Rabenberger von Müllbach, Johann Koch von hier, Maler hier, mit Frieda Goller von Oberschöpp. Ludwig Knobloch von hier, Hilfsarbeiter hier, mit Emma Ruchweiler von Anielingen, Karl Cuenzer von hier, Telegraphenführer hier, mit Bertha Gräner von Herrenalb. August Stolz von Strachburg i. C., Fern-Affizient in Ludwigshafen, mit Anna Wipfler von Heilbronn. Wilhelm Belschner von hier, Briefträger hier, mit Mathilda Heneder von Ortenberg. Hugo Bauer von Sulach, Wagner hier, mit Sofia Heitler von Ringolsheim. Waldemar Spitzmüller von Jungingen, Korrespondent hier, mit Lina Ernst von hier. Otto Krauß von hier, Bader hier, mit Anna Länger von Kreibitz i. Br. Thomas Detscher von Sulzbach, Strachburg, Wagenführer hier, mit Elise Ditschinger von Landshausen. Johann Kaufmann von Lörach-Steiten, Kaufmann hier, mit Hedwig Glander von hier. Wilhelm Grab von hier, Schlosser hier, mit Thelma Deim Witwe von hier.

Todesfälle. Karl, alt 8 Monate 17 Tage, v. Wilh. Kern, Wognermeister. Hedwig, alt 8 Monate 9 Tage, v. Adolf Gummann, Säger. Margareta Franz, alt 64 Jahre, Witwe des Landwirts Georg Franz. Raimund Maner, alt 66 Jahre, Witwe des Kaufmanns Abraham Maner.

Die Waren müssen spätestens bis 16. September ds. J. bei den betr. Geschäften abgeholt werden, andernfalls darüber vom Kommunalverband anderweitig verfügt werden wird. Kommunalverband Durlach-Stadt. Abf. für Legit. und Lederverw.

Maßtatter Anzeigen.

Lebensmittel-Verteilung

1. Butter: Heute Mittag bei Fr. Waller für die Nr. 3101-4030, gegen Fettmarke Nr. 2 Koptel 50 Gramm zu 1,50 M.
2. Margarine: Im freien Verkehr in unseren Verkaufsstellen des Fund zu 8.- M.
3. Kunstbrot: Von Montag, den 30. ds. Mts. in sämtlichen Geschäften an deren Kunden das Koptel 1/2 Fund zu 3,80 M. gegen Abgabe der Lebensmittelkarte Nr. 12. Gebote mitbringen. Kunstbrot, der bis Donnerstag, den 2. September nicht abgeholt, darf frei verkauft werden. Die Verkaufsstellen erhalten den Kunstbrot von heute Mittag ab in der Bruchsal.
4. Schokolade, Dosenfleisch und Kartoffelmehl werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den bekannt. Preisen weiter verkauft.
5. Holz: Der Holzverkauf im Stadtmalch Abt. Oberwald wird für die nächsten fünf fortgesetzt. Hainbrot 1 Mtr. lang ist im Gaswerk noch erhältlich. Die Verkaufsstellen haben innerhalb 3 Tagen die vollständige Ablieferung der Abrechnung und der Karten für den Einmangeld vorzunehmen. Ausgabe von Brot- und Lebensmittelkarten. Deren Ausgabe findet statt am Donnerstag, den 2. Sept., vorm. 1/2-12 Uhr für die Nr. 1-1000, Nachmittags von 3-6 Uhr für die Nr. 1001-2000, Freitag, den 3. Sept., vorm. 1/2-12 Uhr für die Nr. 2001-3000, nachmittags von 3-6 Uhr für die Nr. 3001 bis Schluß. Jedermann hat die Karten, die ihm ausgeteilt werden, sofort nachzugeben. Spätere Beschwerden, daß jemand seine Karten nicht richtig erhalten habe, werden grundsätzlich abgelehnt.

Krankentrot.

Das Baden von Krankentrot für die Monate September und Oktober wurde den Bädern...

Valentin Hain, Schloßstraße, Cornelius Hain, Auguststraße, Hubolf Reis, Kriegsstraße 2393
Kastatt, den 27. August 1920.
Kommunal-Verband Kastatt-Stadt.

Baden-Baden.

Brot- und Mehlamt.
a) Schwerkraftbrotzulagen.
Infolge Mangelzustand von der Reichsgetreidebehörde für Schwerkraftbrotzulagen gestellt werden.
Diejenigen Personen, die früher schon Schwerkraftbrotzulagen bezogen haben, erhalten ihre alten roten Scheine bei der städt. Kartenstelle Zimmer 10, Neuhauptstraße beim städt. Brot- und Mehlamt Väterstraße 1 Zimmer 22 und müssen vom Arbeitgeber neu befristet bis längstens 4. September 1920 beim städt. Brot- und Mehlamt - Sparlauseingebäude Zimmer 9 - eingereicht sein.
Alle später einlaufenden, sowie auch die mangelhaft ausgefertigten Anträge können für den neuen Versorgungsabschnitt keine Berücksichtigung mehr finden.
Betriebsinhaber haben die Anträge für alle in dem Betrieb beschäftigten Schwerkraftbrotzulagen und ordnungsmäßig befristet beim städt. Brot- und Mehlamt ebenfalls bis längstens 4. September 1920 einzureichen.
Doppelte Ausfertigung der Antragsvordrucke für ein und dieselbe Person ist unzulässig.
b) Mehlzulage.
Auf die gelbe Mehlkarte Q 1 der II. Woche gültig für die Zeit vom 6. bis 12. September 1920 wird in den Bäckereien und Mehlhandlungen als teilweiser Ersatz für die bisherige Rationskürzung 1 Pfund Weizenmehl, das Pfund zu 3,00 M. (auschl. Düte) ab Samstag, den 4. September 1920 bis Samstag, den 11. September 1920, auszugeben.
Für den Verkauf gelten die bisherigen Mehlverkaufsbestimmungen.
Dem Verkäufer sind die mit Stammmarte versehenen Vordrucke vorzulegen, welcher die Mehlkarten unter der genauen Beachtung herauszutrennen hat, daß nur die gelbe Mehlkarte der II. Woche gültig ist. Josef Mehl.

Bruchsaler Anzeigen.

Karten-Ausgabe

am Samstag, den 28. August 1920, von 8 bis 12 Uhr vormittags an die Buchstaben V bis einschließlich Z.
Nachmittags findet keine Kartenabgabe statt. Am Montag, den 30. August 1920, Kartenabgabe an diejenigen Bezugsberechtigten, die verkömmt haben, ihre Karten rechtzeitig abzuholen.
Bruchsal, den 27. August 1920. 2394
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenabgabestelle.

